

Wester-Beitrag

Sonnabend/Sonntag, 1./2. Juni
11. Jahrgang Nummer 125

Wester-Beitrag
10 Pfennig
Preis

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 500 00.
Korrespondenzen: Breslau 544, Redaktions: Breslau, Kreuzberg
Straße 50, Tel. 230 02. Geschäftsstelle der Redaktion: Breslau,
Momas 118, Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Wieliczka, Oberstr. 20, Tel. 4088; Oppeln, Waldstr. 11, Tel. 1364;
Wesitz, Junitz 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle: von 8-19 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Beilage: „Der Rote Stern“
m. B. Breslau. — Druck: „Rebana“-Verlag, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

So sieht die „Republikanisierung“ der Reichswehr aus: Hitlerpropaganda in den Kasernen!

Das „Berliner Tageblatt“ macht interessante Mitteilungen über die Propaganda der Nationalsozialisten unter der Reichswehr. Eine Sondernummer des „Völkischen Beobachters“, die eine diesbezügliche Rede Adolf Hitlers enthält, wird überall in den Kasernen verbreitet. Wir entnehmen dem Artikel, der der Kriegspropaganda und der Faschisierung der Reichswehr dient, nur folgendes Zitat:

„Die Herren Reichswehrgenerale mögen sich folgendes vor Augen halten: Es liegt zum Teil mit in der Hand der Armee, welche Richtung in Deutschland siegen wird, ob der Marxismus siegen wird, oder ob wir Sieger werden. Es ist nur notwendig, daß man sich über die Konsequenzen klar wird. Siegt die „Linke“ durch ihr gentales unpolitisches Verhalten, dann schreiten sie über die deutsche Reichswehr: „Erbe der deutschen Reichswehr“. Und dann verzichten sie aber auf das Glück einer Wiedererhebung unserer Völker und darauf, daß der Ruhm der deutschen Reichswehr die Fortsetzung des Ruhmes der alten Armee ist... Wenn das Reichs-

weh aber will, daß der Versailler Friedensvertrag zerbricht, dann kann es nur die Rechten, die ihn zerbrechen wollen, und nur die Rechten, die diesen Vertrag als ihr Werk dem deutschen Volke aufgebürdet haben. Die militärischen Stellen sehen sich nachträglich veranlaßt, darüber in Erwägung zu treten, ob man nicht doch besser gehandelt hätte, wenn man einst zugunsten einer Diktatur gegen das Parlament vorgegangen wäre — man hätte es ja in der Hand gehabt —, oder ob es besser war, daß man es nicht tat.“

Das ist die „Republikanisierung“ der Reichswehr, wie sie der sozialdemokratische Parteitag unter der Führung Eberings feierte. Man wird dafür auch nicht erleben dürfen, daß Ebering in irgendwelcher Weise gegen die nationalsozialistischen Mordbuben und ihre Propaganda in der Reichswehr einschreitet. Er hat die Hände voll zu tun, um das Verbot des KPD. wirksam durchzuführen und das Verbot der gesamten kommunistischen Bewegung vorzubereiten.

Kaution nicht verfällt. Die Kautionen der übrigen 21 Kandidaten verfallen der Staatskasse.

Eig besonders raffiniertes System, einer proletarischen Partei, die nicht über die großen Gelder der Konservativen oder Liberalen oder der von der Arbeiteraristokratie und den Gewerkschaftsklassen unterstützten Labour Party verfügt, die Aufstellung von Kandidaten und damit die Beteiligung an den Wahlen überhaupt unmöglich zu machen. Und das im Land der „klassischen formalen Demokratie“. Die KPD. hat kein Mandat gewinnen können.

Die Kommunisten haben kein Mandat gewonnen und ihr bisheriges Mandat, das Sallaiva Ia inne hatte, der allerdings bei den Wahlen im Jahre 1924 als offizieller Kandidat der Labour Party aufgestellt worden war, verloren.

Die besten Wahlergebnisse unter den kommunistischen Kandidaten erzielte die Genossen Gallafer, Horner, Geddes, Ste. wari und Sallaiva Ia.

Wenn die SPD. Preise von einer Niederlage der KPD. spekuliert sie darauf, daß den meisten deutschen Arbeitern die englischen Wahlsysteme und Wahlverhältnisse unbekannt sind. Für die junge KPD. handelt es sich nicht darum, Mandate zu ergattern, sondern ihr Gesicht als Partei der proletarischen Revolution zu wahren. Die Tatsache, daß es ihr beim ersten selbständigen Wahlkampf gelang, trotz der sich auf den mächtigen Gewerkschaftsapparaten stützenden Labour Party, in einigen Wahlkreisen immerhin mehr als ein Achtel der Wählerstimmen zu erlangen, ist als Anfangserfolg zu werten.

Das englische Wahlergebnis

Konservative vernichtend geschlagen — Arbeiterpartei gewinnt 128 Mandate — Keine absolute Majorität der Arbeiterpartei

II. London, 1. Juni. Nach den neuesten Meldungen ist der Stand der Parteien im englischen Wahlkampf folgender: Arbeiterpartei 288, Konservative 253, Liberale 53, andere Parteien 5 Sitze.

Von den insgesamt 615 Wahlkreisen stehen nur noch wenige aus. Die Arbeiterpartei, die im alten Parlament über 160 Mandate verfügte, hat also bis zur Stunde 128 Mandate gewonnen. Die Konservativen sind so vernichtend geschlagen, daß sie von den früher innegehabten 397 Sitzen nur 253 retten. Die letzten Wahlergebnisse können keine wesentliche Veränderung mehr bringen. Wider Erwarten haben die Liberalen, die nach den von uns gestern gemeldeten Zellergebnissen schlecht ab schnitten, ihren Besitzstand von 46 Mandaten auf 53 erhöhen können. Die Arbeiterpartei hat nicht die absolute Majorität. Die Konservativen können — zahlenmäßig betrachtet — mit den Liberalen die Regierung bilden. Doch ist nach dem vernichtenden Urteil, das die Wähler über die Chamberlain-Politik gefällt haben, diese Möglichkeit unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist, daß die Arbeiterpartei mit liberaler Unterstützung die Regierung bilden wird. Es besteht also die Wahrscheinlichkeit der Erneuerung der „Arbeiterregierung“, mit MacDonald an der Spitze, die sich von der ersten Arbeiterregierung nur durch verschärften sozialimperialistischen Kurs unterscheiden wird.

Es stehen damit nur noch 16 Sitze aus. Unter Berücksichtigung einer Nachwahl verschiedener erst in den nächsten Tagen zu erwartenden Unversittätliche und der üblicherweise erst in zwei oder drei Tagen zu erwartenden Ergebnisse aus den nördlichsten Inseln wird diese Zusammenstellung des neuen Unterhauses nunmehr endgültig sein.

Die Arbeiterpartei hat eine Mehrheit über die anderen Parteien nicht erreichen können, jedoch einen unerwarteten Vorsprung über die Konservativen erreicht.

Die KPD. Englands und die Wahlen

Bei den früheren Wahlen hat die kommunistische Partei keine eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern sich darauf beschränkt, ihr genehme Kandidaten der Labour Party zu unterstützen bzw. innerhalb der Labour Party Kommunisten aufzustellen. Zum ersten Male hat die KPD. sich selbständig an den Wahlen beteiligt.

Von den 25 kommunistischen Kandidaten haben, wie „Inprekor“ meldet, vier über ein Achtel der gesamten in dem betreffenden Wahlkreis abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können, so daß ihre

Einigung über die deutschen Vorbehalte in Paris

II. Paris, 31. Mai. Im Laufe des Freitags ist zwischen den deutschen und alliierten Sachverständigen in allen wichtigen Fragen, deren Regelung noch ausstand, also in der Hauptsache in der Angelegenheit der sogenannten deutschen Vorbehalte, eine Einigung erzielt worden. Es sind nur noch einzelne Formulierungen der getroffenen Vereinbarungen festzulegen.

Die einzige Frage, über die auch jetzt keine Einigung erzielt werden konnte, ist die sogenannte belgische Marxforderung, die aber den Schluß der Verhandlungen kaum noch hart belästen dürfte.

XII. Parteitag der KPD.

Der 12. Parteitag der KPD. findet in der Zeit vom 9. bis 14. Juni in Berlin (Wedding), Pharusstraße 142, statt. Aus Anlaß der Eröffnung des Parteitages wird am Sonnabend, dem 8. Juni, eine Kundgebung im Sportpalast veranstaltet.

Rummel in Magdeburg

Da seht ihr sie nun in Magdeburg sitzen,
Sozusagen die Creme der SPD.,
Konkordatschwarmgeister und Wehrprogrammritzen
Und auch die Leviten mit „linkem“ Dreh.
Die Regie klappt famos... es regnet Applaus...
Tja, die Welse haben den Bogen raus!

Es wimmelt nur so von Exzellenzen,
Die uns herrlichen Zeiten entgegenführ'n,
Sie winden geschickt sich in Eiertänzen,
Das Frackhemd bauscht sich beim Deklamier'n...
Da sind auch die Ecksteine mäuschenstill —
Denn was soll man machen, wenn Wels nicht will?!

Herr Hilferding spricht von goldenen Bergen,
Der Löbe macht Wirtschaftsfriedenssalat,
Ein Dicker lobt seine Knüppelschergen,
Und Severing jubelt: „Wir sind der Staat.“ —
Der „kleine Metallarbeiter“ ist stramm
Für sozialen Frontjeist, laut Wehrprogramm.

Ergebnis: es wird wie vorher gemüllert,
Mit Kreuzern, Ciftgas und Marschmusik
Der Braun tanzt weiter, wie Pius trillert,
Und Zörgiebel schießt für die Republik
Der Parteitag ist aus... Helm ab zum Beten!
Stillgestanden! — Weggetreten!!



Kasimir Sublimier.

Reichstagsbeginn

Vorstoß des Bürgerblods zur Besitzsteuerfentung
Sigung des Haushaltsausschusses.

Am kommenden Montag tritt der Reichstag wieder zusammen, um in den vier Wochen bis zu den Sommerferien die Etatberatungen zum Abschluß zu bringen. Dabei werden besonders der Reichswehretat und die Steuerpolitik der Reichsregierung die Hauptaufmerksamkeit beanspruchen dürfen.

In der am Freitag wieder zusammengetretenen Sitzung des Haushaltsausschusses, wo der Etat des Reichsfinanzministeriums beraten wurde, kam es bereits ganz offen zum Ausdruck, daß der Reparationsnachlaß, den die Pariser Konferenz gebracht hat, bereits zu einem geschlossenen Beitreten aller bürgerlichen Parteien für eine allgemeine Steuerfentung geführt hat. Die bürgerlichen Parteien fordern jetzt die Einlösung des Versprechens Hilferdings, de anlässlich der Koalitionsvereinbarungen Anfang April ein solches Versprechen gegeben hat. Der Zentrumsabgeordnete Brüning fordert ein Steueramortatorium für die Landwirtschaft, als erste Folge der Reparationsnachlasses in Paris. Der deutschnationale Abgeordnete Dergt bestand kategorisch auf dieser besonders für die Großagrarier gedachten Steuererleichterung. Schließlich forderten alle Vertreter der bürgerlichen Parteien generelle Herabsetzung der Besitzsteuern, Amnestie für Steuerflucht, Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern, in der Richtung der Drosselung der Ueberweisung an die Länder, und Neugestaltung der Veranlagung bei der Einkommen- und Vermögenssteuer. Das ist die erste Blüthenlese der Forderungen der bürgerlichen Parteien für die Steuerpolitik, als Folge des Ergebnisses der Reparationsverhandlungen. Die nächsten vier Wochen im Reichstage werden von weittragender Bedeutung sein; die Arbeiterpartei muß sich zum außerparlamentarischen Kampfrüsten.

Abchluss des SPD-Parteitag

Noch am Schluss Antiholocaustenhebe — Parteivorstand wiedergewählt

In der Donnerstag-Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages in Berlin...

Der Eröffnungstag schloß mit einem an reformistischer Debatte nicht mehr zu überbietenden Referat von Maria Juchacz über „Die Frau in Politik und Wirtschaft“...

In der Freitag-Sitzung hielt Juchacz, nach einer Diskussion, das Schlusswort, in dem sie alleingläubigen Redenarten vorbrachte...

Es folgte der Bericht der Beschwerdef Kommission. Der Parteivorstand wird in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt...

Darauf hält Bels eine patetische Schlussrede: „Wer macht uns das nach, was wir in Magdeburg gesagt und geboten haben?“

Die Bedeutung des Magdeburger Parteitages werden wir in einem besonderen Artikel behandeln.

Einheitsfront der Verleumder

Brandler, Urbahns und „Vorwärts“ arbeiten Hand in Hand

Kaum haben wir der lügnerrischen sozialdemokratischen Presse bezüglich ihrer Schwindelmotiv „Thälmann lastgestellt“ das Maul geöpft...

Wir können dazu mitteilen, daß bereits Ende des vorigen Jahres ein russischer Kommunist im Auftrag seiner Instanzen mit Maslow und Ruth Fischer verhandelt hat...

BRENNENDE RUHR

Roman aus dem Kapp-Putsch

75. Coburg 1929, Grefenbergerlag, Rudolstadt 24

„Ja, wie komme ich hier wohl her?“ Inrulte Ruders, Oerjath einen verächtlichen Blick zuwerfend...

Und dann erzählte er, wie er gerade im Begriff war, sich anzuziehen, als Oerjath mit einigen Arbeitern hereingestürzt kam...

„Geh nicht mit, Peter. Du kommst da nicht wieder frei, verpöde dich lieber.“ hatte Meta Ruders gesagt...

Da hatte Peter Ruders, noch um einen Schein blauer geworden, seinen Fuß vom Hals genommen...

Oerjath kämpfte jäh mit dem Fuß: „Laßt doch das blöde Sequassel sein, was tut keiner was.“

Tätigkeit zu enthalten. Dadurch sollten die Voraussetzungen für ihrer Wiederaufnahme in die Partei geschaffen werden.

Es ist überflüssig, erneut gegen diesen plump aufgemachten Schwindel zu polemisieren. Er zeigt nur, wie die sozialdemokratische Presse einmal von den Ultralinken aus dem „Vollstollen“...

Protest der Sowjetunion gegen die Verhaftungen in Chargin

Moskau, 31. Mai. Das Generalkonsulat der Sowjetunion in München legte Protest ein und forderte die Freilassung der 40 während der Hausung durch die chinesische Polizei...

Hausung in Schweidnitz

In Schweidnitz nahm die politische Polizei in den letzten Tagen mit einem ganzen Stab von Beamten Hausungen bei Parteigenossen und Sympathisierenden vor.

Vom Tage

Der Genosse Kammerabgeordneter Marty, der revolutionäre Führer der Schwarzmeerflotte, wurde vor einiger Zeit wegen Aufregung von Soldaten zum Ungehorsam und antimilitärischer Propaganda zu 4 Jahren Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt...

Wie aus Riga gebracht wird, ist im Gefängnis von Dürenburg unter den politischen Gefangenen eine Meuterei ausgebrochen. Auf Grund der unmenschlichen Behandlung der Gefangenen begannen etwa 100 Gefangene zu revoltieren...

Oberchlesischer NS-Sekretär zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt

Stettin, 1. Juni. Vom Schöffengericht Stettin wurde gestern der Sekretär des NSD, Genosse K. Hill, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Angeklagt war Genosse K. wegen Hausfriedensbruch und Aufregung zu Kraftbaren Handlungen...

Wieder ein Klassenurteil gegen die „Rote Fahne“

Berlin, 1. Juni. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts beurteilte den Schriftleiter der „Roten Fahne“, den Genossen R. Schraber, wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung und Belämpfung der verfassungsmäßig festgestellten Staatsform zu einem Jahre Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe.

Beginn des Stahlhelmtages in München

München. Am Sonnabend beginnt hier der Frontsoldatentag des Stahlhelms für das ganze Reich. Die Bundesführer Selbe und Düsterberg und der bayerische Gauführer wurden bereits heute vom Ministerpräsidenten Heß empfangen.

Der Riesenölbrenn in Moreni

21. Bukarest, 1. Juni. Der Brand im Erdölgebiet von Moreni hat riesige Ausmaße angenommen und hält unvermindert an. In einer Höhe von 60 bis 70 Metern züngeln die Flammen in einem Durchmesser von 2 bis 3 Metern empor.

Achtung, kommunistische Gemeindevertreter

Am 7. und 8. Juni findet in Striegau die 21. Jahresversammlung des Mittelschlesischen Städtetages statt. Delegierte haben sofort ihre Adresse an die Kompol-Abteilung der Bezirksleitung mitzuteilen.

die anderen drängten hierzu, um zu hören, was der bekannte Sozialistenführer vorhabe.

„Ich werde mit den Herren einmal ein ernstes Wort reden, sie auf das Ungefährliche ihres Vorgehens aufmerksam machen.“

Nach Verlauf einer guten halben Stunde wurde die Tür geöffnet und Küpper, Oerjath und Ruders herangezogen. Unter Eskorte von sechs Mann mit aufgepflanztem Bajonett ging es zum „Margloher Hof“...

Im Hintergrund des Besühls mußten sie einige Minuten warten, während der Offizier Meldung erstatten ging. Unterdessen ging eine Menge Personen: Offiziere, Soldaten und Zivilisten vorüber...

Plötzlich schrie Oerjath halblaut auf. Diesen grauen Gehrod, der dort in Begleitung eines höheren Offiziers die Treppe herunterkam, konnte er doch? Herrgott noch einmal, das war ja Keefe, den ein guter Stern hierher führte.

„Keefe — Emil! — Gottseibei, daß du hier gerade vorbeikommt!“

„Oerjath? — — — Was gibt es denn, ich habe gerade eine ellige Beipruchung“ antwortete der Gefürer, mit einem schenen Seitenblick auf die blauen Bajonette.

„Na, siehst du denn nicht, Emil — wir sind verhaftet, ohne jeden Grund hat man uns verhaftet und mit uns Hunderte, die drüben in der Brauerei sitzen! Man will uns alleamt erschlagen“, schreute Oerjath.

„Ach, Unsinn, laßt euch doch nicht bangen machen, die erschrecken keinen“, lächelte Keefe überlegen.

„Doch, doch“, fiel Küpper ein, „erst hieß es, Standgerichte finden überhaupt nicht statt und dabel haben sie von unserer rechtmäßigen Ordnung heute früh in der Lichtstraße vier Mann ohne jedes Verhör erschossen.“

„Daron hörte ich auch schon, das war auch kein Standgericht, sondern ein Mißverständnis der Soldaten, die die Leute für Rotarmisten gehalten haben.“

„Unterhaltungen mit den Gefangenen sind verboten“, sagte jetzt ein Soldat, den Gemeindeführer zurückdrängend.

„Bleibe bei uns, Emil, sie stellen uns wirklich vors Standgericht. Du siehst ja doch, man hat uns schon widerrechtlich festgenommen“, flüchte der Genosse, als Keefe sich zum Gehen wendete.

„Beruhige dich nur, das Standgericht besteht noch einer neuerlichen Regierungsverfügung aus einem Offizier, einem Juristen und einem Arbeitervertreter.“

Der Offizier kam zurück und man führte die drei Arbeiter in ein am Gange liegendes Besühlszimmer. Die Soldaten stellten sich, Gewehr bei Fuß, an Fenster und Tür auf, während der Offizier meldete: „Die drei Arrestanten zur Stelle!“

Am Tisch saß ein hochgewachsener älterer Offizier mit kurzge schnittenem grauem Haar. Goldenes Eisenband am Kragen deutete auf einen hohen Rang. Das Unheimlichste an dem Manne war das Gesicht, das in seiner glattrasierten Unbeweglichkeit den Eindruck eines geschmiedeten Eisens machte.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrath, für die „Rote Fahne“ und „Radenburg“ Wilhelm Blewald, für „Kriegsblitz“ und die „Hilgen“ Helmut Kromm, sämtlich in Dresden. — Für den literarischen Teil Gerhard Schulz, Stettin. — Für den Feuilleton Teil: Herbert, Berlin.

Statt Kampf Ausschlußpraxis im DZB.

Breslau, 1. Juni.

Heute vor acht Tagen ist die Aussperrung der schlesischen Textilarbeiter in Kraft getreten. 63 000 Arbeiter und Arbeiterinnen liegen auf der Straße. Ein großer Teil von ihnen ist gewerkschaftlich unorganisiert und erhält demzufolge keine Unterstützung. Auf diesen Umstand bauen die Unternehmer und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten ihre Hoffnungen. Bei den im Laufe der Woche stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen waren die Unternehmer grundsätzlich bereit, sich einem Schiedspruch zu unterwerfen, wissen sie doch, daß er ihre Wünsche restlos erfüllen wird. Die Gewerkschaftsbürokraten erklärten, daß sie zur Zeit (!) noch nicht bereit seien, an dem Zustandekommen eines Schiedspruches mitzuwirken. Sie wissen genau, daß der Spruch bestenfalls nur wenige Hungerpfennige bringen wird; es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß er die bestehenden Löhne für zwei weitere Jahre festlegt, wie es die Unternehmer fordern. Weil aber die Textilarbeiter mit diesem Ergebnis nicht einverstanden wären und unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition an der Organisation des Kampfes arbeiten, wollen die Gewerkschaftsbürokraten vorerst einmal abwarten — in der Hoffnung, daß es ihnen gelingen wird, die Gewerkschaftsopposition von den Arbeitern zu isolieren, die Arbeiter durch eine längere Kampfbauer zu zermürben und ihnen dann die Verlängerung der bestehenden Löhne als einen Sieg anzupreisen.

Mit welchen Mitteln die Gewerkschaftsbürokraten gegen die revolutionäre Opposition arbeiten, sei durch Veröffentlichung folgender Arbeiterkorrespondenzen illustriert.

Gewerkschaftssekretär Lude, Neusalz stiehlt Flugblätter

In Neusalz spielte sich folgender Fall ab. Es lagte eine vom Textilarbeiterverband einberufene Streikversammlung. Plötzlich, o Schreck! Einige Versammlungsteilnehmer lesen eifrig in einem Flugblatt, das von der Opposition herausgegeben wurde. Sofort läuft der Gewerkschaftssekretär Lude vor das Versammlungstischchen und fordert die Herausgabe der Flugblätter. Da sie ihm freiwillig nicht gegeben werden, reißt er sie mit Gewalt an sich und zerreißt dabei dem Arbeiter die Uhrkette. Einige Flugblätter fallen im Gefecht auf die Straße, damit sie ja nicht in die Hände der Textilarbeiter fallen, blüht sich Heinrich mit Affengeschwindigkeit, als wären es Hundertmarkscheine. Nun, die Textilarbeiter haben die Flugblätter doch gelesen, und so manchem wird ein Licht über die Verderblichkeit der reformistischen Niederlagenstrategie aufgegangen sein.

Entzug der Unterstützung

Um die Textilarbeiter von dem Besuch der von der Opposition einberufenen Versammlungen abzuhalten, machen die Gewerkschaftsbürokraten in Langenbielau eigene Versammlungen, in denen sie nicht etwa Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmer beraten, sondern ausschließlich gegen die Opposition hetzen. Den organisierten Arbeitern wird für den Besuch der oppositionellen Versammlungen mit der Entziehung der Streikunterstützung gedroht. Die Reformisten hatten dabei allerdings wenig Glück. Trotz Drohung und Terrormaßnahmen war auch die am Donnerstag stattgefundene oppositionelle Versammlung gut besucht. Der Einfluß der Opposition ist im Steigen begriffen.

Streitbrecher am Wert

Je eifriger die Gewerkschaftsbürokraten in der Bekämpfung der Opposition sind, desto lauer sind sie im Kampf gegen die Unternehmer. In Landeshut, in Langenbielau, in verschiedenen andern Orten werden alle Wünsche der Unternehmer auf Verrichtung sogenannter Notstandsarbeiten von den reformistischen Streikleitungen anstandslos erfüllt. Dadurch sind die Unternehmer in der Lage, ihren Verpflichtungen laufend nachzukommen. Zum Schutz der Streitbrecher wurde insbesondere in den größeren Betrieben Polizei abkommandiert.

Ausschlußverfahren gegen die Gewerkschaftsopposition

Als Beweis dafür, daß die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten nicht in dem Unternehmertum, sondern in der revolutionären Opposition ihren Feind erblicken, zeigt besonders deutlich das Ausschlußverfahren gegen die Textilarbeiter Reichel und Klein in Langenbielau. Diesen oppositionellen Kollegen wurde folgendes Schreiben des Deutschen Textilarbeiterverbandes unter dem 28. Mai, also am zweiten Kampftage, zugestellt:

„Da Du Dich wiederholt in verbandsschädigender Weise betätigt hast und gar in voriger Woche in Peterswaldau in einer von der Kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Textilarbeiterversammlung, die absolut nichts mit dem Deutschen Textilarbeiterverband zu tun hatte, referiert hast, sah sich der Vorstand der hiesigen Bezirksfiliale des Deutschen Textilarbeiterverbandes genötigt, in seiner am vergangenen Freitag, dem 24. d. M., stattgefundenen Vorstandssitzung zu beschließen, daß gegen Dich auf Grund des § 35 Abs. 1 unseres Verbandsstatuts beim Hauptvorstand unseres Verbandes das Ausschlußverfahren beantragt werden soll.“

Ich gebe Dir das hiermit zur Kenntnis und ersuche Dich gleichzeitig um schriftliche Neuerung hierzu bis spätestens Donnerstag, dem 30. Mai 1929. Sollte bis dahin ein schriftlicher Bescheid Deinezeit noch nicht eingegangen sein, werden wir aber das notwendige Material unserem Hauptvorstand zuzufenden.“

Der Kollege Klein hat daselbe Schreiben mit einer nur wenig abgeänderten Begründung erhalten.

Selbstverständlich haben die Kollegen Reichel und Klein gegen ihren Ausschluß sofort Einspruch erhoben. In der Einspruchsschrift führen sie den Nachweis, daß die Opposition niemals verbandsschädigend gewirkt hat, ja, immer für den Verband erfolgreich geworben und für die Interessen der Kollegen eingetreten ist.

Darüber hinaus wird in dem Einspruchsschreiben der Nachweis geführt, daß es gerade die Sozialdemokratie ist, die den Textilarbeiterverband ausnutzt und ihn mit Hilfe von Fraktionsarbeit in den Dienst der Partei stellt. Als Beweis dient folgendes Dokument:

Rundschreiben Nr. 4/27. An die Vertrauensleute der SPD.

Streng vertraulich zu behandeln!

Werte Genossen! Da die Jahres-Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes nahe bevorsteht, ist es notwendig, eine

Sitzung der Anhänger der SPD einzuberufen, um die Vorbereitungen zu treffen, daß sich die Jahres-Generalversammlung unter ruhigen und ordnungsgemäßen Verhältnissen abspielt. Infolge der Vorbereitungen in den letzten beiden Jahren (!) haben sich diese Versammlungen in wünschenswerter Weise abgespielt, dagegen sind uns noch in unliebsamer Erinnerung die wilden Szenen, die sich in einer Reihe von Versammlungen — insbesondere aber in den Generalversammlungen vor 3 bis 5 Jahren abspielten.

Ich berufe deshalb für Montag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Wohnzimmer bei Dinter eine vertrauliche Sitzung

ein und ersuche Dich dringend, daran teilzunehmen. Außerdem sollst Du aus Deinem Betriebe bewährte SPD-Genossen und -Genossinnen mit einladen, und soviel, als es Dir möglich ist. Dafür mußt Du Dir aber von uns die Einladungszeitel beschaffen, da jeder einen Einladungszeitel haben und ihn am Eingang abgeben muß. Ich bitte aber weiter, alle darauf aufmerksam zu machen, daß außer der Einladung das Verbandsmitgliedsbuch und das Parteimitgliedsbuch mitgebracht werden muß. Solche guten sozialdemokratischen Anhänger, die zum Teil aus irgendwelchen Gründen nicht oder nicht der Partei angehören, sonst aber auf dem Boden der SPD stehen und für die SPD wirken, können gleichfalls eingeladen werden. Das Verbandsmitgliedsbuch muß aber unter allen Umständen mitgebracht werden.

Beste Grüße

Langenbielau, den 5. Januar 1927

Joseph Lang.

Leuchtenberger, der Angestellte des Textilarbeiterverbandes in Langenbielau, hatte in einer Versammlung ausdrücklich erklärt, daß ihr selbst der

Verlust von 1000 Verbandskollegen vor dem Ausschluß der Opposition nicht zurückhalten könne. Die Ausschüsse in Langenbielau sind durchaus keine Einzelerscheinungen. Derselbe Leuchtenberger beruft sich in einem in dem sozialdemokratischen „Proletarier“ veröffentlichten Artikel ausdrücklich auf die in der Breslauer Zusammenkunft der Konferenz angenommene Entschliessung, in der es heißt, daß „dieser Kampf nur unter der Fahne der Gewerkschaften zu führen und allen nicht von den Gewerkschaften herausgegebenen Parolen keine Folge zu leisten ist.“

Die Lage ist klar: Die Unternehmer beharren nach wie vor auf ihrer Forderung auf Verlängerung der bestehenden Hungerlöhne auf die Dauer von mindestens 2 1/2 Jahren. Der Schlichter ist bereit, ihrem Wunsche nachzukommen. Auch die Gewerkschaftsbürokraten sind durchaus gewillt, der Verlängerung der bestehenden Löhne zuzustimmen. Sie wollen lediglich vorerst den Einfluß der revolutionären Opposition brechen. Deshalb beobachten wir in den ersten acht Tagen des Kampfes eine völlige Untätigkeit und Nachgiebigkeit der Gewerkschaftsbürokraten gegenüber dem Unternehmertum und eine wüste, energisch-verweirfachte Hetze gegen die Opposition.

Textilarbeiter! Scharf euch enger denn je um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, denn sie ist die einzige Kraft, unter deren Führung es euch möglich sein wird, die aufgestellten Forderungen auf Erhöhung der Löhne um 15 Pfennige und des Akkordlohn um 30 Prozent durchzusetzen! Wehret euch vor dem verderblichen Einfluß der Reformisten! Wählt in allen Betrieben Kampfstellungen! Sorgt dafür, daß auch die Unorganisierten eine Unterstützung erhalten! Beschließt, auch keinesfalls einem Hungerdiktat eines Schlichters zu unterwerfen! Schmiebet in den Betrieben die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Unternehmertum, Schlichter und Gewerkschaftsbürokratie! Keine Nachgiebigkeit! Kämpft für die aufgestellten Forderungen!

Warum Konferenz werktätiger Frauen Schlesiens?

Die Textilarbeiter Schlesiens stehen in einem gewaltigen Kampf gegen ihre Ausbeuter. Große Auseinandersetzungen in anderen Industrien stehen bevor.

In vielen Industrien stellen die Frauen den größten Teil der Belegschaft. Sie haben am meisten unter der Ausbeutung zu leiden. Von den Gewerkschaftsführern bei den Kämpfen verraten und im Stich gelassen, haben sie niemanden als die Kommunistische Partei, die ihre Interessen vertritt und verteidigt.

Bei allen Wirtschaftskämpfen in der letzten Zeit hat es sich gezeigt, daß die Frauen nicht mehr jener rückständige und hemmende Teil der Belegschaften sind, als die man sie sonst immer hinstellte.

Im Ruhrkampf, bei den Textilkämpfen im Rheinland, in Sachsen, Thüringen und in der Lausitz haben die Frauen sich bei den letzten Wirtschaftskämpfen in hervorragendem Maße betätigt und für ihre Forderungen Schulter an Schulter mit den Männern gekämpft. Aus der Notwendigkeit, die Frauen für diese Kämpfe zu mobilisieren, eine geschlossene Kampffront aller Ausbeuteten herzustellen, wuchs der Gedanke der Konferenzen werktätiger Frauen, wo die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen über ihren Betrieb, über die Grenzen ihrer Städte hinaus, sich gegenseitig ihre Erfahrungen

aus tauschten, die Forderungen besprachen, die notwendigen Beschlüsse faßten und die Durchführung derselben festlegten.

So wird auch die schlesische Konferenz werktätiger Frauen die gleichen Aufgaben haben. Sie muß Stellung nehmen zum Textilarbeiterkampf, der im Augenblick alle Kräfte erfordert, um zu einem Erfolg für die Textilarbeiter zu werden. Die Rolle der Frauen in diesem Kampf muß auf dieser Konferenz ausführlich behandelt werden. Die Konferenz muß auch Stellung nehmen zu der drohenden Kriegsfahr, die ihre Schatten vorauswirft, in den immer offener betriebenen Kriegsrüstungen Deutschlands und der anderen Staaten.

Sie muß Stellung nehmen zu den neuen Massensteuern, zur Steigerung des Lebensmittelwuchers, zum ungeheuren Wohnungselend, zu der verschärften Ausbeutung in den Betrieben und zu allen anderen Tagesfragen des Proletariats.

Die Konferenz wird feststellen, wer mit den Frauen in all diesen Kämpfen Seite an Seite steht. Die Konferenz wird den ungeheuren Verrat der Sozialdemokratischen Partei aufzeigen, sie wird die Frauen Schlesiens darauf hinweisen, daß es nur die Kommunistische Partei allein ist, die sich rücksichtslos für die Interessen der werktätigen Frauen einsetzt.

Die Kommunistische Partei begrüßt daher diese 1. Konferenz werktätiger Frauen und wünscht ihrer Tagung einen guten Erfolg.

Metallarbeiter vor dem Kampf

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter)

Unternehmer fordern Verlängerung der Hungerlöhne bis 1931

Der am 1. Juli 1928 abgeschlossene Lohnvertrag für die Metallindustrie der Tarifgebiete Breslau und Niederschlesien läuft am 30. Juni 1929 ab. Er kann erstmalig am 1. Juni gekündigt werden. Für Breslau müssen die Forderungen am 1. Juni eingereicht werden, für Niederschlesien acht Tage später. Dieser wurde bestimmt, damit die Unternehmer genügend Zeit haben, alle Schlichtungsinstanzen bis 1. Juli durchzugehen. Man hat es bewußt verhindert, daß sämtliche Abkommen gleichzeitig ablaufen. So läuft z. B. der Manteltarif, das Siegereiabkommen sowie das Arbeitsabkommen erst am 31. Dezember, 1929 ab. Im Mantelvertrag ist auch die Prozenttabelle verankert, wonach sich vom Spitzensatz die Einstufung der einzelnen Gruppe und Altersklasse regelt.

Der gelernte Arbeiter in der höchsten Ortsklasse I verdient 82 Pfennig, davon erhält der Maschinenarbeiter über 24 Jahre 90 Prozent, der Hilfsarbeiter über 24 Jahre 80 Prozent, angeleitete Frauen über 24 Jahre 64 Prozent, Hilfsarbeiterinnen über 24 Jahre 48 Prozent. Es sind also schon große Spannen in der höchsten Altersklasse. Dieses wirkt sich noch mehr bei den jüngeren Altersklassen aus. So erhält ein Maschinenarbeiter unter 18 Jahren nur 49 Prozent, Hilfsarbeiter von 14—18 Jahren 33 Prozent, angeleitete Frauen von 16—18 Jahren 36 Prozent, Hilfsarbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren nur 27 Prozent.

Im Mantelvertrag sind auch die beweglichen Zulagen festgelegt, welche ja meistens nur auf dem Papier stehen. Z. B. können gelernte Arbeiter zum gezahlten Stundenlohn noch 12 1/2 Prozent, die übrigen Gruppen 7,5 Prozent bewegliche Zulage erhalten.

Die angeführten Spitzensätze gelten nur für die Ortsklasse I. Für die zweite und dritte Ortsklasse verringert sich der Akkordlohn bzw. Lohnsatz des über 24 Jahre alten Arbeiters um 4 bzw. 8 Prozent. Der Akkordlohn beträgt in der Ortsklasse I 76 Pfg., in der II. Ortsklasse 73 Pfg., in der III. Ortsklasse 70 Pfg. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Akkordpreise zu

brücken. Da der Akkordlohn niedriger ist als der Lohnsatz, so muß der Akkordarbeiter ungefähr 17 Prozent mehr verdienen, um nur an den Lohnsatz des höchstbezahlten Lohnarbeiters heranzukommen. Fest steht aber, daß ein großer Teil der Akkordarbeiter nicht einmal 15 Prozent verdient.

Die heuschnationalen „Schlesische Zeitung“ machte gestern folgende Mitteilung:

„Von den Arbeitgebern sind gekündigt die Tarife in den Tarifgebieten Breslau, Metallindustrie und Metallgewerbe, sowie in der Metallindustrie Niederschlesien. Erfordert wird die Verlängerung der bestehenden Löhne und Verdienste bis zum 30. Juni 1931. Die Arbeitnehmer haben für Breslau ihre Forderungen eingereicht. Sie verlangen durchweg für gelernte, angeleitete und ungeleitete weibliche und männliche Arbeiter eine Zulage von 10 Pfg. unter Abschluß bis 31. März 1930. Außerdem wollen sie Zeitungszulagen von 40 Prozent oder den Durchschnittsakkord. Dabei wird jetzt schon in Breslau ein Zeitlohn für den gelernten Mann von 80 bis 90 Pfg. gezahlt.“

Was soll da aus unserer Wirtschaft werden...? Die Auslassung der „Schlesischen Zeitung“ ist eine einzige Provokation. Sie fragt nur nach den Gewinnen der Unternehmer, nicht aber danach, wovon die Arbeiter mit ihren Familien leben sollen. Ebenso rücksichtslos müssen auch die Metallarbeiter den Kampf, denn ohne Kampf wird es keine Lohnenerhöhung geben, vorbereiten.

Die fortschreitende Teuerung und der gesteigerte Verbrauch der Arbeiterschaft infolge der Nationalisierung macht eine Lohnzulage von mindestens 10 Pfennig pro Stunde für alle Lohngruppen notwendig. Gleichzeitig muß eine Verringerung der Lohnspanne und Beseitigung der Ortsklasseneinstellung gefordert werden. Der Laufdauer des Tarifs auf zwei Jahre können die Metallarbeiter keinesfalls zustimmen. Sie darf höchstens ein halbes Jahr betragen. Es ist selbstverständlich, daß sie auch eine entsprechende Verbesserung der Prozenttabelle, der sogenannten beweglichen Zulagen und des Siegereiabkommens fordern müssen.

Metallarbeiter, nehmt sofort in Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen Stellung! Formuliert eure Forderungen! Setzt das Schlichtungsverfahren ab! Wählt Kampfstellungen! Schmiebet die Einheitsfront in den Betrieben! Rührt zum Kampf!



Arbeit und Leben in Kiruna

Erz aus Lappland für die Hochöfen an der Ruhr

Nach Schwedischen Quellen von Dirks Paulun.

60 Prozent des Erzes, das in den Hochöfen des Ruhrgebietes verarbeitet wird, kommt aus der lappländischen Landschaft Norrbotten, davon der allergrößte Teil von dem ungeheuren Erzlager bei Kiruna. Die deutschen Oefen sind speziell auf diese schwedischen Erzforsen eingerichtet, die an Reinheit, Härte und Dichte einzig dastehen. Das Erzlager ist auf mindestens eine Milliarde Tonnen berechnet worden. Es erstreckt sich in einer Breite 100 bis 200 über 5 Kilometer durch den Berg Kirunavara und geht dann unter einem See hindurch zu einer zweiten Grube. Stellenweise erreicht es eine Tiefe von 800 Meter unter dem Seespiegel. Oberhalb des Seespiegels ist nur etwa ein Viertel des Lagers anzutreffen.

Das Lager wurde schon im Jahre 1736 entdeckt. Aber erst nach über hundert Jahren suchte ein Hüttenbesitzer die Schürfgenehmigung nach. Eine Verwertung der Erzforsen wurde erst mit Hilfe einer Eisenbahn möglich; die Konzession hierzu wurde 1882 erteilt, aber es dauerte noch bis Ende 1902, ehe der erste Lastzug den norwegischen Hafen Narvik erreichte.

Das Erz wird im Tagebau und untertags abgebaut. Der Tagebau ist wegen der Sprengmethoden der gefährlichere. Der Berg ist stufenförmig angechnitten. Jede Stufe oder Halle ist 10 bis 20 Meter hoch. Darauf wird das Erz mit Dynamit losgeschossen. Meistens genügt für eine Schicht eine Salve aus zahlreichen Bohrlöchern. Das abgeprensste Erz wird durch Kräne in Sturzschächte geworfen und fällt direkt in Eisenbahnwagen, die es durch den Tunnel entführen sollen. Diese Methode ist mit geringstem Aufwand an Menschenarbeit durchzuführen. 1926 waren von 1700 Arbeitern nur 534 im Tagebau beschäftigt, und doch wurde der weitaus größte Teil des Erzes hier gewonnen.

Der unterirdische Abbau erfolgt nach der sogenannten Magazinierungsmethode. Vom großen „Hauptort“ aus sprengt man ein Zapfloch, an das man nach drei bis vier Meter eine Kammer anschließt, die nach und nach immer weiter in die Höhe getrieben wird, wobei immer nur ein Teil des losgesprengten Erzes abgeparat wird, damit das Magazin wegen der Einsturzgefahr immer beinahe gefüllt bleibt. Die Magazine sind voneinander durch acht Meter starke Wände getrennt und stehen miteinander und mit den Steig- und Feldorten (Schächten und Zugangsstollen) in Verbindung. Die großen Sprengungen auf den Tagallen gefährden auch die Sicherheit der Magazine, so daß diese währenddessen geräumt werden müssen. Immerhin ist der unterirdische Abbau sicherer, und da mehr und mehr zu dieser Methode übergegangen werden soll, ist ein Rückgang der Unglücksfälle zu erwarten.

Die Einstellung von Kräften hat in den Gruben nicht, wie so oft anderwärts eine Schädigung der Arbeiter zur Folge gehabt. Die gesundheitschädliche Arbeit der Felder ist überflüssig geworden, und die Zahl der Arbeiter ist nicht zurückgegangen. Da die Produktion aber durch die Mechanisierung gehoben wurde, sind die Lohnverhältnisse im Vergleich mit denen anderer Arbeitergruppen recht gut: 18 Kronen sind über 20 RM. täglich, aber der Ertragswert einer Tagesleistung beläuft sich auch auf 200 RM. und die Lebenshaltungskosten sind in Kiruna höher als andersorts in Europa.

Die Stadt Kiruna ist eine reine Arbeiteriedlung. Mit wenigen Ausnahmen sind die Häuser mit elektrischem Licht, Koch- und Heizstrom versehen. Die Kommune hat ein ausgezeichnetes Schulwesen. Die Baracken sind in der kurzen Zeit seit der Gründung der Stadt durch stabile Häuser ersetzt. Das alles war nur möglich, weil die Arbeiter stark organisiert (praktisch 100 Prozent) und kampftüchtig sind. Unter denen, die sich im Anfang des Jahrhunderts dort niederließen, waren viele sogenannte „Koller“, die mit dem Bahnbau gekommen waren und sich nun am Fuße des Kirunavara zur Ruhe setzten. Aus den alten Eisenbahnbauern wurden Grubenarbeiter. Sie brachten einen Hauch von Vormärtsstreben und Solidarität mit, der noch heute zu spüren ist.

Im Kommunalrat von Kiruna sitzen 18 Kommunisten, 8 Sozialdemokraten, 1 Freisinniger und 3 Konservative. Für den Aufbau eines müßterbarten Gemeinwesens wollen die Arbeiter die klammernden Millionen des Erzberges heranziehen. Die Unternehmer haben natürlich kein anderes Interesse, als soviel wie möglich Erz mit so wenig wie möglich Kosten zu verfrachten. Die Gruben der Erzverwertungs-gesellschaft liegen nun nicht innerhalb der Stadtgrenzen, aber immerhin sind 10 Prozent und neuerdings gar 25 Prozent ihres Vermögens und Einkommens von der Gemeinde befreit worden. Gegen die letzte Erhöhung hat die Erzgesellschaft den Klageweg beschritten, aber gleichzeitig liegt den höchsten Instanzen ein Eingemeindungsantrag vor, der die ganzen Gruben zur Steuer heranziehen soll. Vertragen können sie es, dafür zeugt der letzte Jahresabschluß. Die zusammengefaßten Gruben- und Eisenbahngesellschaften vertreiben 54 Prozent (Stammaktien) bezw. 17 Prozent Dividenden.

Innerhalb der kapitalistischen Weltordnung stehen sich die Gruben des Kirunavara und die Siedlung Kiruna als vollendete

Typen gegenüber: ein mustermäßig technisierter Grubebetrieb und eine zielbewusste moderne Industriearbeitergemeinschaft.

Ein Affenmensch

Das Kind eines Affen und einer Negerin?

Der Besitzer einer Schlangenfarm in Texas, M. A. King, hat jetzt einen Affen der Chicagoer Zoologischen Gesellschaft vorgeführt, der eine Kreuzung zwischen Mensch und Affen darstellen soll. King behauptet, daß derartige Tiere in Belgisch-Kongo nicht selten seien, daß aber ihre Ausfuhr von der belgischen Regierung streng verboten sei und er das Tier unter großen Schwierigkeiten nach Französisch-Kongo geschmuggelt habe. Sein Besitzer meint, es handle sich um einen Affenmenschen, der ganz wie ein menschliches Wesen gebaut ist, nur, daß er mit dicken Haaren bedeckt ist und sich auf allen Vieren bewegt. Das eingefangene Tier ist ein Weibchen, neun bis zehn Jahre alt und wiegt 165 Pfund. Seine sprachlichen Äußerungen sind ein Mittelstück zwischen Knurren und Bellen. King glaubt aber, daß man ihm die menschliche Sprache beibringen könne. Doch darüber



Der Fall Jakobowski

rückt neuerdings wieder in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses durch den Beginn des Prozesses im Wiederaufnahmeverfahren. Die Unschuld des Hingerichteten ist heute schon so gut wie erwiesen. Eine besondere Rolle kommt in dem neuen Prozeß den Eltern des Toten (im Bilde) zu, die als Nebenkläger zugelassen wurden.

werden ja namhafte Gelehrte der Chicagoer Zoologischen Gesellschaft genaue Untersuchungen anstellen.

Vorläufig erscheint auch eine andere Behauptung Kings noch sehr zweifelhaft. Er meint, der Affenmensch sei das Produkt einer Paarung eines Affen mit einer Negerin, die vermutlich aus einer Eingeboreneniedlung geraubt worden sei. Die Zehen des Tieres sind bedeutend kürzer, als es sonst bei Affen der Fall ist, und zum Greifen vollkommen ungeeignet. Ein Schwanz ist nicht vorhanden. Merkwürdig ist es sicherlich, daß der Schädel bis auf die flache Nase genau dem menschlichen Schädel entspricht. Dazu kommt, daß auch die Brust genau wie die einer Frau entwickelt sind.

Wie gesagt, erscheinen vorläufig Zweifel durchaus angebracht, ob man es hier wirklich mit einem Affenmenschen zu tun hat. Man wird abwarten müssen, welches Ergebnis die wissenschaftlichen Untersuchungen haben werden.

Betty, die Kleideraufschlitzerin

Von „Jack the Ripper“ (Jack, der Sackhausschlitzer) hat man ja schon allerhand gehört. Wir wissen auch, daß er manche recht traurige Raubtaten gefunden hat. Zuweilen erlebt man es, daß weniger gemeingefährliche Menschen es sich damit genug sein lassen, Frauen die Zöpfe abzuschneiden, soweit ihnen die fortschreitende Kultivierung des Subitopfes dazu noch die Möglichkeit gibt. Daß aber eine Freundin der anderen aus Eifersucht ihre gesamten Kleider aufschlitzt und die Wäscheordate zerschneidet, ist doch schließlich kein alltägliches Vorkommen. Aber Betty hat es wirklich getan. Daran ist natürlich ein Mann schuld. Dieser Mann stand zwischen ihr und ihrer Freun-



Jahrtausendrummel in Meissen. Die Albrechtsburg mit Dom im Hintergrund.

din Frieda. Er hieß Frank, war Journalist und hatte sicherlich auch noch manche anderen Vorzüge. Dagegen läßt sich ja nichts einwenden. Nun aber liebte Betty bekagten Frank, und da Frieda ihre Freundin war, liebte diese denselben Mann. Wir lassen es dahingestellt, ob Frank diese doppelte Ehre nicht zu schätzen verstand, oder ob er nicht vorsätzlich genug zwischen Betty und Frieda jonglierte, vielmehr hatte er auch kein Interesse für Betty; kurz und gut, eines Tages kam diese dahinter, daß ihre Freundin und Frank sich ein Stellbischen gegeben hatten. Als sie das erfuhr, verwandelte sich ihre Freundschaft zu Frieda in glühenden Haß. Sie suchte Friedas Wohnung auf, wo sie auch, da die Wirtin sie kannte, ohne weiteres Einlaß erhielt. Es war ja doch nicht weiter auffallend, daß Betty erklärte, sie wolle in Friedas Zimmer auf diese warten. Zwanzig Minuten blieb sie allein in dem Raum, aber diese Zeit genügte ihr vollkommen, um „ganze Arbeit“ zu machen. Mit einer Schere, die sie sich vorsorglich mitgebracht hatte, zerschchnitt sie Friedas gesamte Wäsche und schlichte alle Kleider, die sie vorfand, ausnahmslos auf. Dann verließ sie den Schauplatz ihrer „Heldentaten“ und ging in eine Gastwirtschaft, wo, wie sie wußte, ihre Ex-Freundin sich aufhielt. Hier bombardierte sie diese noch zu allem Ueberflus mit eilichen Tellern und Gläsern.

Und die Moral von der Geschichte? Betty muß zweitausend Mark Schadenersatz bezahlen, erhält außerdem noch eine empfindliche Strafe, und Frank will nun von Betty und Frieda nichts mehr wissen. Anscheinend fürchtet er für seine Garderobe und Wäsche.

Was kosten dem Volke die Konkordate?

In Preußen ist der Abschluß des Konkordates mit der katholischen Kirche so gut wie sicher. Auch der „linke“ sozialdemokratische Schulrat Löwenstein will zustimmen, weil — die Schule angeblich nicht davon berührt wird. Nunmehr liegen die ersten Rechnungsabschlüsse für Bayern vor. 1925 zahlte der bayerische Staat für die 9 Priesterseminare 379 000 Mark, 1926 aber infolge der Konkordatsverpflichtung bereits 602 000 Mark!

Wein wichtiger als Mensch

Das preussische Landwirtschaftsministerium veröffentlicht eine Denkschrift. Es fordert darin einen — Lehrstuhl an der Universität Bonn für Weinbau! Dauer des Studiums: 6 (sechs) Semester. Dieselbe preussische Regierung hält für den Lehrer der Arbeiterkinder (Volksschullehrer) ein Studium von 4 (vier) Semestern genügend. Natürlich, Wein ist wichtiger. Steht nicht ein Sozialdemokrat Braun an der Spitze dieser preussischen Regierung?

Das beste Alter

Der amerikanische Staatsmann J. D. Kellogg, von dem wir gerade in der letzten Zeit viel, wenn auch nicht viel Gutes, gehört haben, verbreitet sich in einem Interview über das beste Alter des Mannes. Er meint, daß es erst bei 70 Jahren anfängt und etwa bei 80 aufhört. Auch Rodefeller sei dieser Ansicht. Aber sie machen sich nur selbst damit Komplimente, weil sie beide in diesem „besten Alter“ sind. Für das Industriekapital ergibt sich daraus eine neue Lehre: man soll von jetzt an nur Siebzigjährige anstellen. Leider geht das aber nicht, weil Menschen, die nicht wie Kelloggs und Rodelfellers leben können, gar nicht erst bis zum „besten Alter“ vorbringen.



Links: Im Solde Englands. Rekruten Habibullah, der gegenwärtigen Machthabers in Afghanistan, in den Straßen Kabuls. Rechts: Aus dem englischen Wahlkampf. Baldwin verteidigt die imperialistische Politik Englands in einer Wählerversammlung.

Der neue Polizeipräsident bereits bestimmt

Trotz aller anfänglichen Demütis ist es also doch wahr, daß Reichmer nicht mehr wiederkommt! Im preussischen Staatsministerium hat man sich bereits auf seinen Nachfolger geeinigt...

Die „Schlesische Zeitung“ von heute morgen meint über den neuen Mann: „Vielmehr hat man sich endlich wieder zu einer einen Beamtenbesetzung entschlossen...“

Das Brot wird „billiger“

Aber lange nicht soviel, wie die Mehlpreise gesunken sind

In den letzten Tagen ist am Mehlmarkt ein erheblicher Preisrückgang eingetreten. Dieser ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die deutschen Großgrundbesitzer die letzte Ernte zurückgehalten...

WOHNUNG UND WERKRAUM AUSSTELLUNG GRESLAU 1928 12. JUNI - 15. SEPT. MIO

aber nicht so. Denn tatsächlich fallen die Preise für Brot nur um 5 Prozent, und zwar erst ab 5. Juni. Es kosten von diesem Tage ab: ein Pfund Tafelbrot 19 Pf., also das Vierpfundbrot 76 Pf., und ein Pfund helles Brot 16 Pf., also das Vierpfundbrot 64 Pf.

Die Differenz zwischen den Mehl- und Brotpreisen verschwindet in erster Linie in der Tasche des Großhändlers und auch der großen Mühlen, zum anderen unter den Großbäckereien...

Mittelschlesien

Schwere Hagelschäden im Kreise Trebnitz

Bei dem letzten Unwetter folgte Schlag auf Schlag und wolkbruchartiger Regen strömte hernieder, dem kurze Zeit später ein fürchterlicher Hagelschlag folgte. In der Gegend von Schidowitz...

Wrieg, „Blütenfeste.“ Heute Sonnabend veranstalten die Arbeiterportvereine, „Verein für Bewegungsspiele“ und „Sportverein Schwarz-Rot“ ihre Blütenfeste. Der erstere beginnt dieses um 20 Uhr bei Schiewed...

Delz. Eisenbahner, was ist zu tun? Unter der Ueberchrift „Zum Schiedspruch der Reichseisenbahn“ berichtet die hiesige Volkszeitung von der Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner...

Am Sonntag, dem 2. Juni. Nach Wilhelmshafen und zurück ab Promenade früh 5 Uhr alle 20 Minuten. Nach Lanisch, Steine, Margareth ab Ohlaufr früh 6 Uhr alle Stunden. Wochentags wie üblich. Rudolf Katteln.

Die Siedlungs-AG. will keinen Krach mit der Kirche — Und mit den Mietern?

Aus Steblerkreisen wird uns geschrieben: Die „Wuwa“ mit dem bombastischeren Defizit ist das Wahrgeläch der Wohnungsbaugesellschaft des Breslauer Magistrats. Im Reich e kst man die „Wuwa“...

Da ist zuerst die Mietshöhe. Der Hausbesitzer ist die Siedlungs-AG., die Mieten aber werden vom Magistrat festgesetzt. Verschiedene Mieter zahlen eine höhere Miete als in anderen gleichgroßen Wohnungen. Deshalb? Nun, der eine wohnt neben der Apotheke, vis-à-vis von dem anderen liegt ein Kartoffelfeld...

Die Häuser sind nach dem Stil „Neue Sachlichkeit“ gebaut (oder sollen es sein). Demzufolge müssen, nach Ansicht der U.G.-Architekten, auch alle in der Nähe der Häuser befindlichen Gegenstände, wie Grünflächen, Gärten, Bäume, Lauben, ebenfalls von „neuer Sachlichkeit“ triefen...

Einen Vorzug haben alle Bewohner der Neubaugewohnungen — sie brauchen kein Wassergeld zu bezahlen, weil dieses in die Miete eingerechnet ist.

eingerechnet ist. Aber auch hier soll es anders werden. Im Sommer müssen Gärten gegossen werden. Boden gibt es in Zimpel nicht, nur Sand. Sand hält kein Wasser. Was Wunder, wenn da einige Kubikmeter Wasser mehr verpritzt werden, sind es doch über 2000 Kubikmeter...

Man sage nicht, die U.G. sei borniert. Ne, sie baut sogar Garagen, und wie! Eines schönen Morgens erscheinen plötzlich auf der Zimpeler Straße Ede-Kollegienweg Arbeiter und fangen an zu huddeln. Die Umwohner staunen und erfahren zu ihrem Schreck, daß in etwa 1,5 Metern Entfernung von den Häusern eine Garage für acht Autos gebaut werden soll...

„Nein, das geht nicht! Da kriegen wir mit der Kirche Krach“, lautete der lakonische Bescheid der U.G. Will da noch jemand behaupten, daß die Siedlungs-Gesellschaft nicht rücksichtsvoll ist? Sie weiß genau, daß der liebe Gott und seine Diener keinen Benzingeruch vertragen. Aber die Mieter? Nun, das ist doch Nebensache.

So leben und wohnen die Zimpeler und die anderen Inhaber der Breslauer Neubaugewohnungen. Dringende Abhilfe tut not. Die Mieter rühren sich bereits. Ueber die Beschüsse des Mietervereins Zimpel halten wir schon Gelegenheit zu berichten. Ähnliche Beschüsse sind am 25. Mai auch in Pöpelwitz gefaßt worden.

Selbstverständlich wird die kommunistische Partei die Bewohner der Neubaugewohnungen in ihrem Kampf mit allen Mitteln unterstützen. Doch auch die Mieter selbst müssen energischer als bisher und in geschlossener Front gegen Siedlungs-AG. und Magistrat antreten.

Der „Marxist“ Eckstein

Seine Magdeburger Worte und seine Breslauer Taten

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg hat Eckstein, der Vorsitzende des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins, große Bogen gespuckt. Von wegen Opposition und so.

Sicher wird mancher sozialdemokratische Arbeiter Ecksteins Auftreten „radikal“, „links“, „konsequent“ usw. finden. Leichtgläubigkeit ist eines der Hauptmerkmale dieser Arbeiter. Sie sind einmal durch irgendwelche Schweinereien ihrer Führer erbittert, haben sie schon das Mitgliedsbuch in der Hand, um es zu zerfetzen, so verwischen immer wieder die „linken“ Phrasen die Gegensätze, kleistern, halten durch radikale Reden die Arbeiter bei der Stange und Luftten so manchen in der ersten Zeit aufbegehrenden SPD-Proleten ein.

Eckstein ist der Typ dieser die Scheidung der Geister verhandelnden Wortkünstler. Dort, wo es nichts kostet, bei Reden, in Versammlungen, Kundgebungen, ja selbst in Zeitungsartikeln, mimt er den Klassenkämpfer. Da gibt es keinen, der es ihm so leicht nachtun könnte. Da ist er gegen die Religion, gegen den Panzerkreuzer, gegen die Koalition. Er ist gegen alles, was die offizielle Parteiführung macht. Manchmal broht er sogar mit der Revolution. Allerdings wie er sie auffaßt. Und wenn er einen besonders wirkungsvollen Beweis seiner Revolutionserei anführen will, verweist er sich zu der linkischen Behauptung, er könne nicht in die SPD eintreten, „weil er viel linker als diese sei“.

Das ist der Eckstein der Phrasen! Wir sind diese seine Rolle in Breslau gewöhnt und wundern uns nicht, daß er sie auch in Magdeburg dem staunenden Parteitag vorspielte. Materiell hat er nichts zu verlieren, und so nutzte er die Gelegenheit, seinen stark entwickelten Ehrgeiz ausstoßen zu lassen. Er spielt mit Führer der „Opposition“, die Zeitungen schreiben über ihn und er hat die Möglichkeit, auf bequeme Art und Weise aus dem ihm nicht genügenden lokalen Rahmen zur Reichs-, vielleicht gar internationalen „Berühmtheit“ zu werden.

Wie aber sieht der Eckstein der Tat aus? Seine Tätigkeit als Vorsitzender der hiesigen SPD, und vor allem als Verantwortlicher der Politik der Breslauer sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, hat den letzten Beweis dafür geliefert, daß die Phrasen zwar „links“, die Praxis aber durchaus rechts ist.

Herr Eckstein hat auf dem Parteitag gegen den Panzerkreuzer geredet. Wir fragen: Wo war er, als der Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau durchgeführt wurde? Da hat er mit

geholfen bei der Kommunistenhebe und der Verteidigung der Schandstreich seiner Ministergenossen.

Herr Eckstein hat in Magdeburg gegen das Konkordat gesprochen. Wir fragen: Hat er nicht tapfer an der Spitze seiner Breslauer Katholikfraktion gegen die Streichung der Zuschüsse für Religionsunterricht gestimmt? Hat er nicht sogar für Seelsorge in der Irrenanstalt und — das war mit das Tollste — für Erhöhung der Zahl der Religionsunterrichtsstunden gestimmt? So sieht der „Freidenker“ Eckstein aus, der im Zirkus Busch Resolutionen gegen das Konkordat zustimmte und der andererseits der vorwärtsstrebenden kirchlichen Reaktion die Schleppe trägt.

Herr Eckstein hat auf dem Parteitag gegen Koalitions-politik polemisiert. Wir fragen: Was machten er und seine Fraktion im Breslauer Rathaus? Koalitions-politik! Und zwar kann in diesem Falle nicht einmal die Ausrede von der „nicht vorhandenen Arbeitermehrheit“ angemeldet werden, da Kommunisten und Sozialdemokraten eine knappe, aber ausreichende Mehrheit haben.

Diese kurzen Ausführungen mögen genügen, den Unterschied zwischen Ecksteins Worten und Taten nachzuweisen. Selbstverständlich wissen das auch seine eigenen Parteigenossen. Deshalb passierte es ihm in Magdeburg, daß man ihn trotz seiner formal aggressiven Reden überhaupt nicht ernst nahm. Die Parteitagmehrheit fertigte ihn mit Pohn und Spott ab. Als er z. B. soviel von den „proletarischen Interessen“ redete, war man herzlich gerührt, ihn durch den Zwischenruf „Reden Sie doch nicht soviel vom Proletariat!“ an seine gutbürgerliche, geficherte Existenz zu erinnern. Noch schlimmer verfuhr Dittmann mit ihm, der ihm im Schlusswort mit anti-feministischen Winken der Lächerlichkeit überantwortete.

Der Fall Eckstein und der Magdeburger Parteitag müssen den Breslauer sozialdemokratischen Arbeitern beweisen, daß ihre Illusionen von der Möglichkeit der „Revolutionierung“ der SPD an der Korruptionsfront ihrer Bonzen scheitern müssen und daß die „linken“ Führer nicht einmal den Willen haben, ihre radikalen Worte in revolutionäre Taten umzusetzen. Daß im Gegenteil ihr Spiel das von politischen Betrugern ist, bewußt eingeleitet zum Zweck, die Arbeiter davon abzuhalten, den Weg zu ihrer Befreiung gegen die SPD, mit und in den Reihen der kommunistischen Partei zu gehen. Diese Erkenntnis gilt es, den ehrlichen, wirklichen Marxismus nach zugänglichen sozialdemokratischen Arbeitern beizubringen.

hingewiesen und sehr richtig festgestellt, daß diese 4 Pf. schon in der allerersten Zeit durch Erhöhungen der Lebensmittelpreise überholt sein werden. Bei der Abstimmung wurde der Lohnerhöhung zugestimmt und die Laufdauer des Tarifes bis 1931 abgelehnt. Proß forderte zum Schluß auf, gewerkschaftliche Disziplin zu bewahren, wenn das Ergebnis nicht befriedigen sollte. Die Lohnerverhandlungen haben gezeigt, daß mit den bisher angewandten Mitteln der Verhandlungsverträge für die Eisenbahner niemals ein zufriedenstellendes Resultat herauskommen kann. Diese Bürokraten werden es nie und nimmer auf einen Entscheidungskampf antommen lassen. Deshalb, Eisenbahner, schließt euch der revolutionären Opposition an und organisiert selbst den Kampf, denn nur so könnt ihr auf einen Erfolg rechnen.

Sonnabend treffen sich sämtliche Teilnehmer an der Hochwaldb-Wanderung um 19 Uhr am Bahnhof. Sonntag früh alle übrigen Teilnehmer der Wanderung 1/2 Uhr früh am Bahnhof. Sonntagabende bis 11 Uhr (1.70 M.) Wfen. Wärik. Montag Situna der Laityprohabteilung im Jugendbeim. Sadeutung 10. Erscheinen alle in Pflicht!

Jung-Spartakus-Bund. Dresden. Gruppe Süd und Nord. Sonntag Tagesausflug. Treffpunkt früh 8 Uhr. Kahrensbahn Gränich. Essen und Babedose mitbringen. Gäste willkommen.

Roter Frauen- und Mädchenbund. Dresden. Sonntag beteiligen sich alle Genossinnen an der Hauspropaganda. Treffpunkt 10 Uhr am Laurentiusplatz.

Versammlungskalender. Kommunistischer Jugendverband. Dresden. — Nach-Ab. Alles trifft sich Sonntag früh 11 Uhr 6 Uhr am Unter-Sitzplatz zur Wanderung. Keine Fahrdar mitbringen. Genossen anderer Gruppen beteiligen sich. Wärik. Freitag 20 Uhr: Seimabend der Gruppe Ost im Jugendbeim, Bezückerstraße.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Waldenburger Bergland Waldenburger Stat abgelehnt

mit allen gegen 12 SPD-Stimmen — Drehmurm-Latit der SPD. und Bürgerlichen

Die letzte Sitzung des Waldenburger Stadtparlaments beschäftigte sich mit dem Stat. Er zeigte deutlich die Auswirkungen der radikalen Politik der Reichs- und Landesregierung. Die kommunistische Fraktion hatte Gelegenheit, zum praktischen Ergebnis der Koalitionspolitik Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratie zeigte durch ihr Auftreten die Bereitschaft, die radikale Politik ihrer Partei mit allen Konsequenzen auch in der Gemeinde durchzuführen. Lediglich zur Täuschung der breiten Massen wurden die Rollen vertauscht, so die Sozialdemokratie erdrosselte sich sogar, die Rolle des Ritters zu spielen. Die Ursachen der Finanzkatastrophe suchte die SPD-Fraktion ausschließlich auf die würstliche Amtsführung des Oberbürgermeisters Wagner zurückzuführen. Andere Ursachen wollte sie nicht sehen. Daß sie vieles mitgemacht hatten und die besten Stellen der Verantwortlichkeit waren, hatten die Sozialdemokraten natürlich „vergessen“. Unter der Parole „Wir wollen die Stadt Waldenburg retten“ beabsichtigte die Sozialdemokratie, die

arbeiterfeindliche Politik ihrer Parteileitung durchzuführen.

Auch die Bürgerlichen produzierten sich als Hochstapler. Sie behaupteten, daß die Auswirkungen der Praktiken von Wagner nur deshalb so katastrophal seien, weil er sich jubelnd vor der SPD verbeugt hätte. Den Stat lehnten sie des Steuerbeschlusses wegen ab, obwohl sie zugaben, daß in ihm nichts mehr zu streichen war, da alle Ausgaben zwangsläufig waren. Durch die Ablehnung wollen sie erreichen, daß durch die Regierung ein Zwangsstat festgesetzt wird, und sie die Rolle der vergewaltigten Jungfrau spielen können.

Die kommunistische Fraktion ging auf die Zusammenhänge zwischen der Reichs- und Landespolitik und der katastrophalen Lage der Gemeinden ein. Genosse Malzer brandmarkte das arbeiterfeindliche Verhalten der Fraktionen und ihre doppelzüngige Politik. Schlag auf Schlag mußten sie sich die ungeschminkte Wahrheit sagen lassen. Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten mußten alles unentwederlich auf sich sitzen lassen. Nicht einmal die sonst üblichen dummen Fragen wurden an die kommunistische Fraktion gerichtet, da diese den Bürgerlichen und Sozialdemokraten noch mehr Prügel eingebracht hätten.

Sitzungsbericht. Als erstes erfolgte die Einführung des Genossen Seidel für den nach Oberwaldenburg verzogenen Genossen Falkenhain. Kreischer und Dierig blieben auf eine 25- bis 30-jährige Tätigkeit als Stadtverordnete zurück. Sie sollen dafür eine der bekanntesten Kadierungen erhalten. Die Mitteilung über den offiziellen Abtritt des Herrn Reichelt aus der kommunistischen Fraktion wurde entgegen genommen. Ein Deserteur hat damit einen würdigen Platz gefunden. Die Sozialdemokratie macht eine „große Anfrage“ in der Angelegenheit verschiedener vom Magistrat nicht durchgeführter Beschlüsse. Die Sozialdemokratie hat diese Methode lange Zeit geduldet und begrüßt, weil sie sich hauptsächlich gegen die Kommunisten richtete. Jetzt aber geht es auf die Wahl zu, nur deswegen die „große Anfrage“. Dementsprechend war auch die Antwort des Bürgermeisters heftig, ausweichend und nichts sagend. Alles sei im Interesse der Stadt gemacht worden. (Wahrscheinlich des Darlehens von

Wagner an Geldvermittler, ungedeckte Herausgabe des Stadtbuches, Verschwinden von Habierungen, Ablehnung der Verbilligung der Dauerkarten.) In der Angelegenheit des Rosengartens konnte angeblich keine Antwort erteilt werden, weil die Akten bei der Regierung seien. Rogge habe nur 2000 Mark erhalten, der Magistrat sei nicht zuständig, von ihm 4000 Mark zurückzufordern. Die Eingabe der Mieter des Hotels und der Geschäftshäuser am Bierhäuserplatz wurde der Geschäftshaus-GmbH. überwiesen, und die der Blinden auf Erhöhung der Mischhöhe an den Wohlfahrtsausschuß weitergegeben. Dem Sportverein „Jugendkraft“ wurde gegen die Stimmen der Kommunisten ein zinsloses Darlehen von 1000 Mark bewilligt.

Es folgten nun die Beratungen des Stats. Stadtrat gab den Bericht für das vergangene Jahr und eine Uebersicht der finanziellen Lage. Er hob besonders hervor, daß der Stat von ihm selbst aufgestellt sei und der Magistrat an der Aufstellung nicht mitgearbeitet hätte. Den ausführlichen Bericht über den Stat und die Rede des Genossen Malzer veröffentlichen wir später.

Oberes Revier

Trommelfeuer!

Die Lösung der revolutionären Arbeiterfrage muß sein — Trommelfeuer! Welcher Arbeiter kennt nicht dieses gefürchtete Wort im Weltkriege? Heute, nach zehnjährigem Bestehen der Republik, hat

Abrechnung mit den Sozialfaschisten!

Die Arbeiter stoßen zur SPD.

In Anlehnung an die anlässlich des blutigen Ausganges der Berliner Maidemonstration im Revier stattgefundenen Protestkundgebungen, wurden zur Fortführung dieser Kampagne bis zum letzten Sonntag erneut sechs öffentliche Versammlungen einberufen. Alle Versammlungen, wozu überall die größten Säle genommen wurden, wiesen einen starken Besuch auf. Einige Säle waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Besuch sowie der Verlauf der Versammlungen hat bewiesen, daß die tagtägliche schamlose Hege der „Dreadwacht“ das Gegenteil von dem erreicht, was dieses Schmierblatt bezweckt. Es ist ergötlich zu sehen, mit welcher Leichtigkeit und sich widersprechenden Argumenten die „Dreadwacht“ die Passivität in den Reihen der Sozialdemokratie einschuldt. Während z. B. bei der von unserer Partei in Altwasser abgehaltenen Versammlung das „Welche Koh“ bis zum letzten Platz gefüllt war, brachte es die Sozialdemokratie in ihrer, eine Woche zuvor abgehaltenen öffentlichen Versammlung auf

ganze 37 Mann.

Hier führte die „Dreadwacht“ als Grund für den jämmerlichen Besuch das schlechte Wetter an! Als am Sonntag in Weißtein eine SPD-Mitgliederversammlung einen mehr als mäßigen Besuch aufwies, wurde das schlechte Wetter als Sündenbock hingestellt. Aus diesen beiden Fällen ersehen wir, wie krampfhaft die „Dreadwacht“ bemüht ist, die Interessenlosigkeit der proletarischen Mitglieder, welche

die revolutionäre Arbeiterfrage die Aufgabe, den Kampf an den politischen Fronten zu organisieren und voranzutreiben. Um den Kampf erfolgreich zu führen, ist es notwendig, die Stellung des Gegners genau zu kennen und seine Schwächen auszunutzen. Stark besetzte Stützpunkte weist die Gegnerfront auf: die konfessionelle Kirche, die Sozialdemokratische Partei. Die Munition hat uns der Gegner reichlich verschafft, nun gilt es, diese zu gebrauchen. Man darf nicht unruhig werden, sondern wir befinden uns im Kriegszustand, und Kriegszustand heißt höchste Alarmbereitschaft. Noch gibt es einen Teil der Arbeiterschaft, der die gegenwärtige Situation noch nicht erkannt hat, und diesen gilt es aufzurütteln, um mitleidlos an der roten Front! Noch sind es kleine Vorposten, noch befinden wir uns im Annäherungsstadium, aber schon hört man in der Weite das Grollen des Gegners, und nun gilt es: Man an den Feind! Die Offensive beginnt!

Grüssau

Proletenlos

Keine Medizin für das Kind

A. K. Als am 17. Mai die Frau des jetzt arbeitslosen Michael mit ihrem schwerkranken Kinde zum Herrn Dr. Tunkel kam und ihn bat, er solle dem Kinde helfen, lehnte dieser jede Behandlung ab, solange er keinen Versicherungsschein von der Krankenkasse hätte. Nachdem der Schein besorgt war, und Dr. Tunkel das Kind untersucht hatte, kam keine Medizin. Da die nächste Apotheke in Landeshut ist, ist es hier allgemein üblich, daß die Medizin mit der Bahn nach Grünau kommt; aber für die arbeitslosen Schicht man das nicht mehr nötig zu haben. Als nach einigen Tagen die Mutter der Frau Michael mit dem kranken Kinde, mit dem es inzwischen noch schlimmer geworden war, beim Arzt wegen des Ausbleibens der Medizin vorstellte, erklärte dieser: „Woher soll die Medizin für mich sein? Die Medizin soll sie selbst holen, er tut ja doch nichts.“

Abrechnung mit den Sozialfaschisten!

Die Arbeiter stoßen zur SPD.

durch die Hege und arbeiterfeindliche Politik ihrer Führer enttäuscht sind, zu verschleiern. Die sechs Versammlungen, an welchen rund 1600 bis 1700 Personen teilgenommen haben, standen im Zeichen des Vertrauens zur SPD, und zugleich der schärfsten Mißbilligung der sozialfaschistischen Methoden der Sozialdemokratie.

Als Referent in allen Versammlungen, welche in Dittersbach, Weißstein, Altwasser, Sandberg, Nieder-Hermesdorf und Gottesberg stattfanden, war der Genosse Lüscher. Berlin erschienen.

Lüscher verstand es ausgezeichnet, nachzuweisen, daß die Vorgänge in Berlin ein im Interesse der SPD. von ihr gewolltes und provoziertes Polizeimaßnahmen darstellte!

Seine Ausführungen wurden überall mit starkem Beifall aufgenommen.

Genosse R. Schulz hielt in allen Versammlungen das Schlußwort, in welchem er besonders die Arbeiter auf die Entwicklung Deutschlands zum sozialfaschistischen Staat hinwies. In den Versammlungen sind mehrere hundert Broschüren verkauft und über 20 Kausaufnahmen in die Partei gemacht worden. Eine Resolution, die die Rolle der SPD. scharf beurteilt, wurde überall, auch mit den Stimmen der anwesenden Sozialdemokraten, einstimmig angenommen.

Niederschlesien

Görlitz

Der tägliche Badenfall. Der bei dem Gutbesitzer Schmidt in Dornsdorf in Diersien lebende 21 Jahre alte Fritz Schmidt, ging mit mehreren Freunden in den Jagetsee. Dabei geriet Schmidt in eine tiefe Stelle und versank, weil er nicht schwimmen konnte. Die Leiche des Ertrunkenen wurde erst nach längerem Suchen gefunden.

Niesky

Der Wahlkampf beginnt

Nach jahrelangem Kampf der verschiedenen Schichten für und gegen eine Eingemeindung ist dieselbe jetzt Tatsache geworden. Die Neuwahl der Gemeindevorstellung für Groß-Niesky findet am Sonntag, dem 16. Juni, statt. Nach förmlichen Auseinandersetzungen der einzelnen Parteien, wie Wirtschaftspartei, Hausbesitzer, Gewerkschaften usw., hat sich eine bürgerliche Einheitsliste „Rechtssold“ gebildet. Es mutet sonderbar an, wenn man auf dieser Einheitsliste neben einem Vertreter des Arbeiterpartei einen Betriebsarbeiter leuchten sieht. Auch die „böllerschreiende“ Sozialdemokratie hat ihre prominentesten Größen ins Treffen geführt, um angeblich die Interessen der arbeitenden Schichten zu vertreten. Als konservativ behaltende Partei führen sie jedoch in ihrer bürgerlich-kapitalistischen Republik die Koalitionspolitik im Interesse des Bürgertums durch. Vertretungen von Groß-Niesky, zieht Vergleiche zwischen den Versprechungen der Sozialdemokratie und Bürgerlichen vor der Wahl am 20. Mai und den Taten nach ihrem Regierungsantritt, so werdet ihr feststellen, daß die kommunistische Partei die einzige Partei ist, welche die Interessen der Vertätigten vertritt.

Stimmt deshalb am 16. Juni für die Liste der SPD:

1. Fritz Probst, Niesky, Tischler.
2. Johannes Beyer, Debernitz, Tischler.
3. Fritz Schubert, Debernitz, Schuhmacher.
4. Richard Reumann, Debernitz, Schlosser.
5. Ludwig Sz., Neufürchen, Schlosser.
6. Johann Bauer, Debernitz, Arbeiter.
7. Erich Hing, Debernitz, Schlosser.
8. Kurt Hennig, Debernitz, Schlosser.
9. Alfred Hobe, Debernitz, Arbeiter.
10. Paul Groß, Debernitz, Kaufmann.

Sprottau

Sticht eines Mordverdächtigen

Am Donnerstag früh ist der Stellunglose Juraneck aus Rattowitz, der am Freitagmorgen in der Mordgeschichte Schöpsle unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet worden war, auf noch nicht geklärte Weise aus dem Amtsgericht geflohen. Die Verfolgung des Flüchtlings hat bisher noch zu keinem Erfolge geführt.

Uegau

Landstamm oder nicht?

Ungewöhnliche Ueberwachungen brachte am Donnerstag eine Verhandlung vor der Großen Strafkammer. Als der dienstherrliche Wachmeister einen Angeklagten, der sich Willi Bergheim nennt, vor-

führen sollte, mußte er melden, daß dieser noch nicht zu „sprechen“ wäre, sondern schlief! Als der Mann endlich herbeigebracht worden war, war er stumm und taub. Alle Versuche des Vorsitzenden und des Verteidigers, den Mann zum Sprechen zu bringen, scheiterten. Apathisch und gleichgültig stand er in der Anklagebank, ohne irgendwie zu reagieren. Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß er schon sechs Monate in Untersuchungshaft sitze und doch wohl nicht noch länger, vielleicht gar lebenslanglich sitzen wolle. Der Vorsitzende meinte, daß der Mann, der in erster Instanz sprach, aber wohl einen falschen Namen angegeben hatte, schwerste Verbrechen, vielleicht gar einen Mord, begangen habe und deshalb nicht spreche, um die Verurteilung unmöglich zu machen. Ein als Zeuge vernommener Gefängnisinspektor bezeugte, daß der Angeklagte im Gefängnis sich nach ausziehe. Als er kürzlich nach Glogau transportiert wurde, beobachtete man, daß er leise mit einem Mitgefangenen sprach, jedoch keine Worte, also seit 10 Tagen ist er völlig stumm. Die Verhandlung gegen ihn mußte vertagt werden, da er die Rolle des Stummen nicht aufgab. Es soll ein Gefängnisarzt darüber vernommen werden, ob er nur fungiert oder nicht.

Steinau

Ein Hausdurchsuchungsandal

Ein Genosse schreibt uns: Am Mittwoch, nachmittags in der vierten Stunde, erschienen die beiden Polizeibeamten Horzig und Langnickel in meiner Abwesenheit in meiner Wohnung und erklärten meiner Witwin, daß die kommunistische Partei und der Rotefrontkämpferbund aufgelöst sind, und sie müssen eine Hausdurchsuchung vornehmen. Die Beamten zeigten keinerlei Ausweis einer richterlichen Verfügung vor. Auf den Hinweis meiner Witwin, doch wieder zu kommen, wenn ich selbst da bin, erklärte der Vorsitzende der beiden Beamten: „Machen Sie erst keine Umstände, sondern geben Sie alles gutwillig her.“ Die „Ordnungshüter“ durchsuchten alle Räume nach Kombiinstrumenten des RFB. Da sie keine Kombiinstrumente fanden, riefen die Beamten die Schalmeyern der Kapelle, die laut Beschluß, den sie auch mitnahmen, dem Rathhaus Schwarz, Liegnitz, gehörten. Mit einer wahren Verleumdung suchten die beiden Beamten nach dem Heiligtum des RFB, nämlich der Fahne, jedoch erfolglos. Sogar Schriften, Bücher und das ganze Material der kommunistischen Partei, Ortsgruppe Steinau, sowie die Freidenkerbroschüre „Die Kirche in der Karikatur“ und die Broschüre von Rechtsanwalt Halle, „Wie verteidigt sich der Prolet vor Gericht“ wurden beschlagnahmt. Sogar ein roter Schlops von mir wurde als fahrisgefährlich erkannt. Auf meine sofortige Beschwerde und Anfrage nach dem Ausweis der beschlagnahmten Hausdurchsuchung, erklärte mir der Polizist Langnickel und Oberpostsekretär Kuhnau, die Hausdurchsuchung hätte der Landrat angeordnet. Die Polizeibeamten behaupteten immer noch, die Partei wäre verboten, bis ich ihnen erklärte, sie möchten sich die Verfügung des Ministers des Innern gründlich durchlesen. Ich wurde sofort beim Landrat vorstellig. Der Landrat erklärte im Beisein des Oberinspektors Herrn Hildebrandt, daß er keine Hausdurchsuchung veranlaßt hat. In zweifelhäufiger Verhandlung und Protokollaufnahme mußte der Landrat die sofortige Zurückhaltung sämtlichen Materials, das mit dem RFB nichts zu tun hat, anordnen. Welche Blaspheme, heiliger Bürokratismus! Ich bin bloß noch nicht

gang im Bilde, ob auch alles abgeliefert worden ist, da ich kein Ergebnis, das vollständig ist, erhalten habe. Es steht einwandfrei fest, daß die Beamten die Hausdurchsuchung aus eigener Ruhmsucht ausgeführt haben, was ja Grund genug ist zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Betreffs der Schalmeienkapelle verfasste der Landrat: Die Instrumente werden sofort Herrn Schwarz, Liegnitz, ausgehändigt, und bleiben, laut unserer Vereinbarung, der kommunistischen Partei, Ortsgruppe Steinau a. d. O. und o. Schred der Spieler in Steinau! Am Donnerstagabend erlangen auf dem Ring die revolutionären Kampfbroschüren des verbotenen RFB. Mit zusammengebissenen Zähnen und die Faust geballt in der Tasche standen die Ordnungshüter wütend auf dem Ringe.

Aus dem Riesengebirge

SPD. und Textilarbeiter-Ausperrung.

Einen eigenartigen Kampf führen die Reformisten hier anlässlich der Ausperrung der Textilarbeiter. Betroffen sind drei kleine Betriebe. Am Dienstag fand eine Streikerversammlung statt. Die Reformisten erklärten bei Eröffnung derselben: „Die Unorganisierten müssen das Lokal verlassen!“ So treibt man diese Kollegen in die Fangarme der Textilgewaltigen, um nachher zu den Organisierten zu sagen: „Die Unorganisierten sind uns in den Rücken gefallen.“ Man heßt die Arbeiter gegeneinander, während man mit den Unternehmern kühnhandelt. Auch mit den Notstandsarbeiten ist dies so eine Sache. In der Filzstichfabrik C. G. Güttler arbeiten ein Heizer und Maschinist, stummer SPD-Mann, und noch mehrere solche „Hilfszeugte“ die ganze Woche, denn sonst, sagt er, verfaulen die Filze, weil sie noch naß sind. „Feine“ Organisierte! Wir fragen, wer hat die Streikbrecherarbeit befohlen? Weiß die Streikleitung davon, und wie stellt sie sich dazu? Wir fordern sofortige Einstellung der sogenannten Notstandsarbeiten. Wird die Notstandsarbeit nicht eingestellt, werden wir die Streikbrecher öffentlich anprangern. — Einige Kollegen der Filzstichfabrik Güttler.

Die Unglücksfälle auf Zeche „Mord und Glend“ nehmen wieder zu.

A. R. Borige Woche verunglückte ein Bergmann schwer durch ein herabfallendes Berggestück von der Größe eines Wagens. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus transportiert. Am Montag verunglückte ein Bauer in der Frühsticht bei Vorarbeiten. Zwei Bäume stürzten ein und begruben den Kumpel. Mit erheblichen Verletzungen am Kopf wurde er geborgen. Ebenfalls am Montag verunglückte ein Schleppler auf der 40-Meter-Sohle in der Schachung durch ein herabfallendes Betonstück. Er trug eine Kopfverletzung davon. Kumpels, so mordet euch der Molch Kapital, um seine Geldgier zu stillen. Helft uns in unserem Kampfe, dieses System zu beseitigen! Trete ein in die SPD. und werdet Leher der „Arbeiter Zeitung“!



Sinalco

Crystal

alkoholfrei

Tel. 55710 Speck & Säring Tel. 55710
55720 55720

ADGB. legt schwarze Listen an

Vor einigen Tagen gab der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Bezirk Ober-Schlesien, durch die ihm angeschlossenen Gewerkschaften an die Mitglieder Fragebogen aus. Diese Fragebogen sehen für den indifferenten Arbeiter sehr harmlos aus und enthalten folgende Fragen:

1. Wo bist Du mit Deinen Familienangehörigen gegen Unfall und Todesfall versichert?
 2. Welche Zeitung hast Du abonniert?
 3. Welcher Partei gehörst Du an?
 4. Brauchst Du ein Fahrrad?
 5. Für welches Eigenunternehmen der Arbeiterkassette (I) bist Du bereit, gegen angemessene Entschädigung mitzuarbeiten: a) Volksfürsorge? b) Volksblatt, Volksbote, Gläubigers Lagerblatt oder Westfälischer Tagespost? c) Lindlar-Fahrradwerke? d) Arbeiterbank?
- Diese Fragebogen verfolgen einen bestimmten Zweck. Der ausschließlich zentrale ADGB verfolgt damit, im Interesse der sozialistischen Sozialdemokratischen Partei, die Arbeiterkassette für die

Ziele des Sozialfaschismus zu sondieren. Diese Fragebogen sind nichts anderes als schwarze Listen, die im besonderen gegen die revolutionäre Arbeiterkassette angelegt sind. Die von uns nicht gesperrt gedruckten Fragen sollen die Gewerkschaftsmitglieder nur irreführen. Die SPD. denkt gar nicht daran, etwa Arbeiter zu versichern oder ihnen ein Fahrrad zu besorgen oder gar eine lohnende Beschäftigung zu geben, sie will nur damit vorbereiten, den großen Schlag gegen das Proletariat, zu dem sie von der Bourgeoisie beauftragt ist. Daß dabei die reformistische Gewerkschaftsbürokratie den Zuhälter macht, liegt an der günstigen Gelegenheit, harmlos an die Arbeiter heranzukommen. Mit diesem Akt denkt die Gewerkschaftsbürokratie auch, die Arbeiter von dem Verrat, den die Gewerkschaften bei den Wirtschaftskämpfen üben, abzuhalten.

Gewerkschaftsmitglieder, fällt nicht diese Fragebogen auf, nehmt sofort in den Ortsgruppen und Jahrestellen dazu Stellung und legt den Reformisten ihr schändliches Tun an der Arbeiterkassette

ber Arbeit und Behandlung den Unterstützungsempfängern gegenüber liegt.

Wir fragen hiermit den Deputierten des Wohlfahrtsamtes, Herrn Bürgermeister Killa, an, ob ihm diese Dinge bekannt, und was er dagegen zu tun gedenkt? Die dem Wohlfahrtsamt unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen haben keine Lust, sich diese Behandlung durch den Inspektor Suparowski weiter gefallen zu lassen, und sind auch nicht gewillt, zu Was und Strid zu greifen, sondern sind bereit, um ihre gerechten Forderungen zu kämpfen.

Mitgliederversammlung
Heute, den 1. Juni, 19 Uhr findet im Lokal „Stadt Troppau“ eine wichtige Parteimitgliederversammlung statt. Erscheinen alle Genossen ist Pflicht.
Die Ortsgruppenleitung.

Patschkau

Opfer der Arbeit
A. K. Keine Mode vergeht, in welcher nicht größere Unglücksfälle beim Starbedenbau Dittmachau zu verzeichnen sind. Am Dienstag verunglückte der erst 19 Jahre alte Schlosser W. B. war bei einer elektrischen Rarime beschäftigt. Um nicht beim Ausgleiten zu stürzen, griff Weiß unwillkürlich nach dem einzuremenden Pfahl. Im selben Moment sauste der mehrere Zentner schwere eiserne Rammloß herunter und zerstückte dem Bedauernswerten die Hand.

Arbeiter, merkt euch das!
A. K. Vor einigen Tagen kamen zwei Genossen der Roten Hilfe zum Fleischermeister Th. Schödl, um für die Berliner Opfer zu sammeln. Mit den Worten: „Was gehen mich die Berliner an, sollen doch die Berliner sammeln“ war die Sache für ihn abgetan. Herr Schödl lebt aber von den Groschen der Arbeiter, die sich mit den Berliner Arbeitern eins fühlen. Den Arbeitern ist es nicht egal, wen sie verdienen lassen, sie werden sich das merken und können auch woanders kaufen.

Achtung!
Sonntag, den 2. Juni, 9 Uhr (vorm.) im „Weißes Roß“ Mitgliederversammlung der Kommunistischen Partei. Referent Herr W. ist anwesend. Kd.-Genossen und ehemalige Kd.-Kameraden sind willkommen.

Ratibor

Wohlfahrt in Uhtas Domjil

A. K. Die Klagen über rigorose Behandlung am Wohlfahrtsamt hören nicht auf. Bessere Erregnisse der sich an das Wohlfahrtsamt wendenden Familien und Ledigen spielen sich dort tagtäglich ab. Auf derselben Linie arbeiten mit dem Wohlfahrtsamt der größte Teil der Armenwäter, denen die Aufgabe zufällt, die Bedürftigkeit der Armenunterstützungsempfänger zu prüfen. Die Mehrheit der Beamten des Wohlfahrtsamtes sind, nach ihren Handlungen und geäußerten Meinungen zu rechnen, der Auffassung, daß Wohlfahrtsunterstützungen Faustgeldsprämien sind. Unter diesem Gesichtspunkte, die Sozialgesetzgebung zu verschlechtern, arbeitet das Ratibor Wohlfahrtsamt. Besonders „schneidig“ und „forch“ benimmt sich unter den Beamten des Wohlfahrtsamtes der Inspektor Suparowski. Er ist einer von denen, die nach oben laubdeln und nach unten

brüteln. Soziales Verständnis und Begreifen der Notlage der Massen der Werttätigen kommt bei diesen Beamten nicht in Frage. Dagegen züchtet er einen Kreis von Schmarozern und Friesern, die bei den Erwerbslosen herumlungern und den Demunzianten spielen. Den Ton, den der Beamte im Umgang mit Unterstützungsempfängern anwendet, erinnert an den wölfelminischen Kasernenhospiten.

Die angewandten brutalen Behandlungsmethoden bringen es mit sich, daß viele Mütter und Familienwäter nicht wissen, wie sie den Hunger ihrer Familienangehörigen, besonders der Kinder, stillen sollen. Selbst Leute, die früher einmal bessere Tage erlebt haben, und immer zu „Staat und Ordnung“ standen, sind empört über eine solche Behandlung. Lebige Antragsteller werden einfach mit dem Bemerkten „suchen sie sich Arbeit“ abgepeist. Die Familienwäter versuchen man nach auswärts abzukübeln. Eine ganze Reihe beruflicher Fälle sind uns unterbreitet worden, die zeigen, daß von Einzelfällen keine Rede sein kann, sondern System und Methode in

Oppeln und Umgegend Regierung und Wohnungselend!

Wie bekannt, hat vor Jahresfrist die hiesige Regierung das alte Pfaffenloch, das als Verwaltungsgebäude diente, abreißen lassen, trotzdem es in bester Verfassung war und noch hundert Jahre gehalten hätte. Heute ragt der übriggebliebene Turm einsam und verlassen inmitten eines riesengroßen Schutthaufens als Wahrzeichen „Proletarischer Regierungspolitik“ hervor. Herr Prokule ist verschwunden, und sein ehemaliger Verwaltungsapparat sitzt nun in Räumen, die von Hauszinssteuern erbaud und sollten der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Wie sieht es nun damit aus? Werden zehn Jahre reichen, bis der Regierungsneubau hergestellt und damit die Räume frei werden? Jedes steigert sich die Erregung der Wohnungselenden von Tag zu Tag! Immer noch fehlen circa 3000 Wohnungen in Oppeln. Die Hauszinssteuer aber, die dazu bestimmt ist, daß die Stadt in die Lage versetzt wird, billige Wohnungen zu bauen (wir wollen hier nicht auf unsere grundsätzliche Stellung eingehen), wird der Stadt Oppeln von Jahr zu Jahr gekürzt.

So erhielt die Stadt Oppeln von der Regierung von einem Aufkommen im Jahre 1927 von 661 000 Mark nur 386 500 Mark; im Jahre 1928 von 578 500 Mark nur 270 550 Mark; im Jahre 1929 aber von 200 000 Mark nur 72 000 Mark überwiesen. Die Zwischenbeträge, die einhalb bis dreiviertel des Gesamtaufkommens betragen, werden der Wofa und sonstigen Organisationen, die unerschwingliche Mieten fordern, zugeschanzt. Die Stadtdirektion ist in der Hoffnung auf zukünftige Hauszinssteuergelder bis zum Jahre 1931 (!) angepumpt. Die Stadt will nun den Wohnungsbau von ihrer Seite ganz einstellen, da sie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Gelder für verbilligten Wohnungsbau aufzubringen. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Die Regierung scheint sich in der Frage des Wohnungsbaues zu sagen: „Nach uns die Sintflut.“ Jedes sitzt sie in den aus Hauszinssteuern erbauten Büroräumen.

Diese Wirtschaft auf dem Gebiete der Staatszuschüsse für Wohnungsbau trägt heute schon dazu bei, daß im Bau heimliche Neubauten schon vergeben sind, aber an Leute, die Geld haben, da jeder Mieter, der sich um eine solche Wohnung bewirbt, mindestens 500 Mk. Baugeld hergeben muß. Mit Recht besteht die Behauptung, daß wer Geld hat demnach auch eine Wohnung erhält. Und wieder, wie früher, werden es die wenigsten Oppelner Wohnungselenden sein, die sich eine solche Wohnung „kaufen“ können. Wir fragen die Regierung an, was sie zu tun gedenkt, um dem Wohnungselend besonders unter den leistungsschwachen Mietern abzuhelfen. Es dürfte auch der Regierung bekannt sein, daß die kommenden Mietpreise, falls überhaupt gebaut wird, nur von Mietern, die ein Mindesteinkommen von 180 Mark monatlich haben, getragen werden können. Die wenigsten aber, die heute auf Wohnung warten, haben dieses Einkommen. Von Seiten der Stadtverwaltung verlangen wir, daß sie berechnete Klagen gegen die Regierung nicht hinter dem grünen Tisch im stillen Kämmerlein erledigt, sondern vor aller Öffentlichkeit behandelt.

R. L.

der Organisation ausgeschlossen wird. Es würde sonst nicht lange dauern, da würde der Wofa die Mitgliederversammlung mit seinem Segen und einer Predigt beglücken und nach den Hungerstiefsprüchen noch Dankprozeffionen veranstalten.

Sitzung des Kreistages

Am Dienstag fand in Oppeln die fällige Kreistagsitzung statt. Die Beratung der 14 Tagesordnungspunkte ging im Eiltempo vonstatten. Der Kreishaushaltsetat, der beträchtlich höher wie im Vorjahre ist, schließt mit einer Summe von 1944 340 Mark ab. Die kommunistische Fraktion wies besonders auf die hohen Volksteuern hin und verlangte, daß eine höhere Summe für die Wohlfahrtspflege eingesetzt wird. Dies lehnte die Mehrheit des Kreistages ab. Der Reingewinn der Kreispar- und Girokasse beträgt 89 018,67 Mark. 10 000 Mark werden auf den Etat umgelegt, der Rest der Summe wird für Chausseebauten bewilligt. Ferner wurde eine ganze Anzahl neuer Amtsbezirke geschaffen. Die deutchnationale Fraktion unter Führung von Gerckenberg

(Chroszina) bemühte sich krampfhaft, um ein paar fetter Posten für ihre Leute zu ergattern. Selbstverständlich will auch das Zentrum nicht zurückstehen. Alles balgte sich also um die gutbezahlten Posten. Es wurde die Gemeinde-Deputierte dem Amtsbezirk Dembio, die Gemeinde Szczedrzyk dem Amtsbezirk Malapane, die Gemeindevorsteherin Dembiohamer, Lenbjin, Chronstau, Lempehlof und der Ortsbezirk Zbyszko dem Amtsbezirk Chronstau zugeteilt. Deagleich wurde die Gemeinde Kaschau dem Amtsbezirk Tarnau zugeteilt. Die polnische Fraktion legte dem Kreistag ein Protestschreiben vor wegen der Oppelner Theatervorgänge. Der Landrat wusch seine Hände in Unschuld. Die kommunistische Fraktion legte einen Dringlichkeitsantrag vor, der verlangt, daß die Nichtsätze der Unterstützungsberechtigten erhöht werden. Derselbe wurde vom Vorsitzenden dahingehend angenommen, daß der Kreisbauschuß sich in jedem Falle vorbehält, inwieweit die Nichtsätze geändert werden können.

Nach Erledigung kleinerer Anträge wurde die Sitzung geschlossen. Kleinbauern und Arbeiter, erkennt, daß der bürgerliche Staat nicht ausreichend für sich sorgt, kämpft mit der kommunistischen Partei für bessere Zustände.

Nächste Stadtverordnetenitzung

Am Donnerstag, dem 6. Juni, tritt die Stadtverordnetenversammlung wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen 16 Punkte

Baugewerksbund läßt seine Fahne vom Pfarrer weihen

A. K. Es gehen doch mitunter recht sonderbare Dinge vor. In Polnisch-Randorf besteht eine Zehnstelle des Baugewerksbundes (freie Gewerkschaft). Kürzlich fand dort ein Kollege des Baugewerksbundes. Seine Verbandskollegen bekanden darauf, daß die rote Fahne des Verbandes im Trauerzug getragen werden müsse. Der Pfarrer lehnte das erst ab, erklärte sich aber bereit, die Genehmigung zum Tragen der Fahne zu geben, wenn diese in der Kirche geweiht wird. Die Bauarbeiter glaubten, dieses Gegenkommen nicht abzulehnen zu können und ließen tatsächlich die Fahne der freien Gewerkschaft von diesem Seelenführer weihen. Das schönste kommt aber noch. Einige Wochen später fand in Randorf ebenfalls ein Mitglied des Baugewerksbundes. Die Delegation des Baugewerksbundes erschien mit der jetzt „geweihten“ Fahne. Der dortige Pfarrer aber jagte sie trutzdem raus. Er ließ die Fahne seines brüderlichen Kollaboranten aus der Randorfsgemeinde nicht gelten.

Das ist doch ein hartes Stück von einer freien Gewerkschaft. Eine Fahne des Klassenkampfes vom Pfaffen weihen zu lassen, das ist doch eine Entwürdigung für die gesamte Arbeiterkassette. Unter allen Umständen muß verlangt werden, daß diese Fahnenweihung aus

Schönheit und Qualität

sind die Merkmale unserer modernen

Schlüpfer

diesem für jede Dame unentbehrlichen Wäschestück.

Und sie werden Ihnen umso mehr gefallen, als die Preise dafür bei uns denkbar niedrig sind

- Schlupfhosen aus maschenfest, Trikot, gute Passform, moderne Farben **175** Sonderpreis
- Schlupfhosen a. glatt, halbharter Kunstseide, vorzüglicher Sitz, alle Modifarben **295** Sonderpreis
- Schlupfhosen aus Trikot - Charmeuse oder maschenfest, breit, Satin - Streifen, vorzögl. Schnitt, helle moderne Farbtöne **395** Sonderpreis
- Schlupfhosen aus Bemberg-Seide, gute waschbare Qualität, moderner Schnitt, nur helle Pastell-Farben **395** Sonderpreis
- Schlupfhosen aus halbbarem Milaneer, gut waschb., vorzüglicher Sitz, moderne Farben **490** Sonderpreis

Rudolf Letersdorf

BRESLAU - OHLAUERSTRASSE - SCHUHBROCKE

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H., Breslau, Gartenstr. 67 (Capitol)

Neudruck von Wort und Bild verboten!

Außenpolitische Rundschau

Vor Schluss der Reparationsvorstellung — Parlamentarische Kämpfe in Frankreich — Revolution und Gegenrevolution in China — Aus Afghanistan und Indien

Das Reparationsdilemma sorgt, ohne es seine Tore sperrt, für allerlei Sensationen, die auf gläubige Gemüter, die die Pariser Veranstaltung als „Reparations“-Konferenz noch überhaupt ernst nehmen, Eindruck machen sollen. Wer sich an den Ueberrümpfen der Zeitungen in der Woche über den Stand der Reparationsfrage orientieren wollte — und viel mehr als die Wiederholung der Ueberrümpfen brachte ja auch der Text nicht — mühte wieder einmal den Eindruck zu gewinnen, dass hier ein schweres Ringen vor sich geht, dessen Schwierigkeiten zu Beginn der Woche zum soundvollsten Male ein Scheitern befürchten ließen, um sich zum Wochenende in ein allgemeines Wohlgefallen aufzulösen. Die am Donnerstag erfolgte Einigung über die Differenz der von Deutschland in Zukunft zu zahlenden Reparationen bedeutet das Vorzeichen zum Schluss der Konferenz. Die endgültige Annahme der Differenz wird allerdings noch abhängig gemacht von der Einigung über eine Reihe von beiderseitigen Vorbehalten und Bedingungen, doch besteht kein Zweifel, dass man darüber gleichfalls zu einem Kompromiss kommen wird. Man sucht diesbezüglich nach einer Lösung dafür, dass die Wirksamkeit dieses neuen Planes, die Kosten für das Befehrsheer im Rheinlande unangenehm lassen — um — wie es heißt — die Regierungen in dieser Hinsicht nicht zu binden. Schließlich gerührt man sich noch immer die Köpfe darüber, auf welche Weise die Sicherung der zur Deckung der Schulden hinreichenden Reparationssumme greifbar werden könnte, oder wie es in der Fachsprache heißt: eine Mobilisierung ermöglichen. Immerhin lässt die Einigung über die Differenz schon klar den Rückzug der deutschen Delegation vor den Gläubigerstaaten resp. die teilweise Anerkennung ihrer letzten Forderungen sehr deutlich erkennen, denen die deutsche Delegation erst ein „kategorisches Nein“ entgegensetzte. Wie gesagt, auch über die „Vorbehalte und Bedingungen“ wird es noch zu einer Verständigung kommen, um so mehr als hinter den Kulissen offensichtlich eine Einigung über die gemeinschaftlichen gegenrevolutionären Interessen erzielt wird, in denen sich die deutsche Regierung mit den Regierungen der imperialistischen Mächte und die deutschen Wirtschaftsschichtvertretern mit denen der Alliierten gegen die Sowjetunion reflexlos zusammenschließen. Der Pariser Rummel dürfte noch einige Tage gehen, ehe endgültig Schluss gemacht wird. Die deutsche Delegation wird aus Paris mit dem Ergebnis einer Niederlage vor dem Alliierten zurückkehren, trotzdem die deutsche Bourgeoisie durch ihre Vertreter in Paris keinen Erfolg daraus machte, dass sie bereit ist, völlig in die Antisowjetfront der Ententemächte einzuschwenken.

Die französische Politik der Woche stand in hohem Grade im Zeichen sowohl der Reparationsfrage, wie der Wahlen in England. Denn wie sehr auch der englische Arbeiterführer und ehemalige Reaktor des Parteiblattes, Hamilton Hyde, bestrebt ist nachzuweisen, dass „der Sozialismus kein reichendes wildes Tier sei, wie dies von seinen Feinden behauptet wird, sondern vielmehr ein schnurrendes Kätzchen auf dem nationalen Herd“, betete man in der Umgebung Poincarés dennoch für einen durchgreifenden Sieg der Konservativen. Nicht nur wegen des bereits erwähnten Entgegenkommens der englischen Bourgeoisie, dem französischen Militarismus gegenüber in der Frage der Kriegsschulden, sondern auch weil zwischen der konservativen englischen und der nationalen Poincaréregierung weitgehende politisch-militärische Bindungen bestehen: in ihrer America und im Zusammenhang damit in der Wüstungspolitik, hinsichtlich der Antisowjetfront, höchstwahrscheinlich auch Verständigung hinsichtlich Deutschlands, der kleinen Entente, Italiens und des Balkans. Die Arbeiterpartei als Regierungspartei scheint der französischen Regierung nicht genügend kreditfähig, diese Wünschungen durchzuführen. Gleichzeitig erinnern die Vereinigten Staaten die französische Regierung daran, dass ihr beiderseitiges Schuldenabkommen von der französischen Kammer noch nicht gutgeheißen wurde. Diese freundschaftliche Erinnerung in dem Augenblick, wo die französischen Sachverständigen ziemlich heftig den Young-Plan bekämpften und die Regierungspresse in allen Tonarten ihre Freundschaft mit der Regierung des englischen Finanzkapitals, also mit dem erbitterten Konkurrenten Amerikas pries, konnte nicht missverstanden werden. Nicht einmal von den französischen Sozialdemokraten, die nun trotz aller Widerstände Poincarés die gesamte Reparations- und Schuld-

frage in der Kammer aufzurollen versuchten. Auch die Abstimmung über den Vorschlag der Lohnerbhöhung für Eisenbahnangestellte, zeigte die schwierige Lage der Regierung, indem dieser Vorschlag, den die Regierung bekämpfte, bloß mit zwei Stimmen abgelehnt wurde. Für den Antrag stimmten 272, gegen ihn und mit der Regierung 274. Dies bedeutet jedoch vorüberhand nicht viel mehr, als dass sich die Opposition zwar in der Stellungnahme gegen Poincarés zusammenschließt, sonst aber so unheimlich ist, wie nur möglich.

Die Nachrichten über den Krieg zwischen dem Kaiserlichen Diktator Tschiang Kai-shek und dem General Feng sind vielfach widersprüchlich. Die englischen Nachrichten selbst sind noch recht zurückhaltend, aber die von unsichtbaren englischen Agenten beeinflussten Privatmeldungen sprechen schon von Verrat im Lager Fengs, von dessen Niederlage und ähnlichem. Es ist dies, die aus der chinesischen Revolution wohlbelannte Methode der Stimmungsmache. Gleichzeitig bedient der gegenrevolutionäre Diktator Sowjetrußland um mit Hilfe seiner imperialistischen Genossen Sowjetrußland zu provozieren. Unter dem Vorwande, Beweismaterial gegen Feng und für dessen Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung, wurde der russische Generalkonsul in Chardin (Mandschurei) verhaftet, in einer Reihe von russischen Konsulaten

Hausdurchsuchungen vorgenommen und Schriftstücke beschlagnahmt. Der ergreiffende englische „Daily Telegraph“, der in dergleichen Dingen sicherlich Bescheid weiß, erklärt aber offen, es habe sich nicht nur darum gehandelt, Beweismaterial gegen Feng in die Hand zu bekommen, sondern es drehe sich um die Zurückgewinnung der Kontrolle über die strategisch außerordentlich wichtige ostchinesische Bahn. Man bezieht sich also, die innerpolitischen Auseinandersetzungen Chinas zu einem weiteren Vorstoß gegen die Sowjetunion auszunutzen. Diese Provokation wird die Regierung der Sowjetunion und das revolutionäre Weltproletariat entsprechend zu beantworten wissen.

Amanullah verläßt Afghanistan

Da er in dessen augenblicklicher Lage die englischen Intrigen abzumehren unfähig ist. Er soll nach Europa kommen und diejenigen, die ihm noch vor kurzem mit der größten Begeisterung empfingen, einschließlich der deutschen Kapitalisten und die Monarchisten, die vor dem gekrönten Haupt auf dem Bauch rutschten, sprechen jetzt, da er ein König im Exil ist, recht abfällig von ihm. Könige im Exil haben wir nämlich selber genug, und ein fremdländischer Import erweckt keine solche Begeisterung als die Aussicht auf Geschäfte, wie dies anlässlich seines Besuchs in Berlin der Fall gewesen ist.

Ein toller Justizskandal:

Adlige Juwelendiebin freigelassen

Eine Komtesse stiehlt für 30000 Mark Juwelen — und haut einem Diener seine Erbsparnisse! — Das Klassengericht vertagt die Verhandlung und entläßt die Diebin wegen Nervenzusammenbruch aus der Untersuchungshaft.

Die „gute Gesellschaft“ hat wieder ihren jählichen Skandal. Die Komtesse Hella von ... hat ihrer Tante Juwelen im Werte von 30000 Mark gestohlen. Sie hat, wie sie jetzt herausstellt, schon längere Zeit dem Geschäft des Diebstahls obgelegen. Sie zeigte sich dabei nicht nur als Diebstahlerin für die Juwelen ihrer Tante, sondern verschmähte es auch nicht, gelegentlich die Diener anzupumpen, ohne ihnen das Geld zurückzugeben. Einem Diener hat sie sogar 50 Mark aus seinen Erbsparnissen gestohlen, die er in seiner Kassa aufbewahrt hatte. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß ihr Liebhaber, der Rittmeister Graf von ... der im Brunenwald Selbstmord verübt hat, in die Diebstahlsaffäre der Komtesse eingeweiht war, ja sie sogar dazu ermuntert hat. Er belästigte sich als Verkäufer der Komtesse erhandelten Juwelen.

Angelagte verhandlungsunfähig ist.
Die Komtesse habe einen schweren „Nervenzusammenbruch“ erlitten. Seine Klientin habe besonders darunter gelitten, daß sie während der Haft nicht rauchen durfte. (!)
Das Klassengericht beschloß tatächlich, die Verhandlung zu vertagen und die edle Komtesse aus der Haft zu entlassen.
Die Gräfin von ... hatte sich vorher bereit erklärt, ihre Rechte wieder bei sich aufzunehmen.

Ueberschuldung in die Affäre lautet „Hochgestellte Herrschaften“ verwickelt. So ist z. B. die gestohlene Juwelenschmucke einem früheren Hofbeamten des Königs von Württemberg, dem Grafen von ... zur Aufbewahrung übergeben worden. Von dort aus wanderte sie zu einem Grafen von ... bei dem sie jetzt beschlagnahmt wurde.

In den Polizeiberichten heißt es, daß die Komtesse in der Haft sehr schonungslos behandelt werde. So nahm die Polizei bisher davon Abstand, ihr die Mitteilung zu machen, daß sich ihr Geliebter, der Rittmeister von ... im Brunenwald erschossen habe. Auch die Verwandten wollten es nicht auf sich nehmen, die zarte Seele der Komtesse mit dieser Mitteilung zu belasten. Sie befürchteten, daß das Kindchen weinen könnte.

Am Donnerstag stand die edle, zartbehaarte Aristokratentochter nun vor dem Schnellrichter in Berlin. Vor demselben Klassengericht, das demonstrierende Arbeiter ins Gefängnis geschickt und so manchen armen Teufel wegen Mordvergehens verurteilt hat. Dem Termin gegen die Komtesse wohnte ein sehr elegantes Publikum als Zuschauer bei. Doch aus der Sensation wurde ein toller Justizskandal zu Beginn der Verhandlung erklärte der Verteidiger, daß die-

Die Juwelendiebin, die mit dem Raffinement einer professionsmäßigen Verbrecherin Juwelen im Werte von 30000 Mark gestohlen und obendrein noch Unschuldige verdächtigt hat, brachte es fertig, einem armen Diener seine teuer ersparten 50 Mark zu lassen; sie wird also, nachdem sie sich von ihren hysterischen Schreitänzen erholt hat, zigarettenrauchend das Leben einer Parazitin in vollen Zügen genießend, sich der Freiheit erfreuen, während tausende arme Proletarierinnen, die aus bitterster Not zu „Verbrecherinnen“ wurden, hinter Gittern schmachten. Wie verlautet, will der Verteidiger jetzt einen

Antrag auf Einstellung des Verfahrens mit der Begründung stellen, daß kein Strafvergehen vorliegt!
Inzwischen werden die Angehörigen und Verteidiger dafür sorgen, daß die vermögende Aristokratentochter in einem stanbesgemäßen Sanatorium untergebracht wird, um sich von den Strapazen der Untersuchungshaft zu erholen.
Uns wundert nur, daß der Verteidiger nicht noch einen Antrag auf Zahlung einer Entschädigung für „unrechtmäßig erlittene Untersuchungshaft“ gestellt hat. Ein solcher Antrag sollte noch, um diesen tollen Justizskandal, der schlaglichtartig die deutsche Klassenjustiz beleuchtet, abzurunden.

Gros im Zuchthaus / Von Karl Plättner

(2. Fortsetzung)
Aus irgendwelchen, in gedrückter Stimmung angedeuteten, mangelhaft oder falsch mitgeteilten Umständen schuf ich mir in meiner engen Zelle allerlei Truggebilde. Wie soll der Mensch zu klaren Beurteilungen von Begebenheiten kommen, wenn die Augen die Dinge erschauen, und die Sprache die Form von Hand- und Körperbewegungen erhält. Die Spur des Unbedeutenden ist so weit, daß so weit — und kann doch nicht das Natürliche erschauen, das drei winzige Worte bewirken können! So baute ich allenthalben potentiellere Dörfer, als es wieder ein, baute sie mit dem Material, das meine Frau zwangsläufig zutrug, wieder auf. Es blieben die potentiellen Dörfer stehen, weil sie meine Frau nicht einriß, oft nicht einreissen konnte; denn ich stellte sie nicht immer zur Schau.
In dieser Periode war ich abhängig von der Einsicht und dem Wohlwollen des Landgerichtsdirektors Bühnemann in Hölle, eines politisch rechts orientierten Richters. Nichtsdestoweniger bin ich diesem konservativen Richter doch einige Anerkennung schuldig. Mit ihm hatte ich in einer Periode von mehr als einem Jahre nicht einen einzigen Konflikt. Im brieflichen Verkehr mit meiner Frau gestattete er mir außergewöhnliche Freiheiten, was ja unter dem Mangel aller sonstigen Ablenkungen in der Haft entscheidend ist. So konnte ich in Konsequenz dieser brieflichen Bewegungsfreiheit wieder eine längere Zeit meine erotischen Wirklichkeiten in Gedankenform lieben; konnte über die Macht sexueller Triebe schreiben. Aber man vergesse in der Gesamtbetrachtung nicht, daß ich bereits zermürbt worden war. Will sagen: gewiß konnte ich schreiben, mehr als üblich und mehr, als die Kräfte noch hergeben. In einer Zeit von mehreren Monaten habe ich eine solche Unmenge Briefe produziert, daß ich später, als ich sie wieder zu Gesicht bekam, über Umfang und zum Teil auch über den Inhalt erschrocken war.
Was ich in dieser Zeit meiner Frau an Ungehörigkeiten, Ungerechtigkeiten, Schweiß, Grob- und Schiefheiten geschrieben habe, mühte ich später als Unrecht empfinden. Ich wurde zur stärksten Karikatur meiner selbst.
Die Differenzen zwischen mir und meiner Frau hätten sich nicht in Klüften vertiefen können, wenn zwischen uns ein normales Lebenswegs regulärer Verkehr, wenigstens ein Surrogat normalen Lebensweges bestanden hätte; eine Möglichkeit, unter der mir in aller

Form gesagt werden konnte: nicht so, sondern so sehen die Dinge aus.
Bei allem war der Erfolg, mit meiner Frau wenigstens brieflich ausreichen zu verkehren zu können, ohne in technischer Hinsicht gehemmt zu werden, sehr erfreulich über mich zu sein. Ich gab mich der Niederschrei meiner besseren Gedanken so stark hin, daß mich häufig eine wohltuende Gefühlswallung und Gefühlsausströmung mit sexuellem Einschlag beherrschte; ich fühlte in der Tat die Berührung meines Körpers mit dem meiner Frau, mit der ich in solchen Zuständen laute und lange Unterhaltungen führte, wie man sie nur in der Vereinbarkeit führen kann. Ich fühlte mich in des Wortes wahrer Bedeutung in „natürlicher“ aktiver Geschlechtsakte versetzt, die meine Arbeitskraft immer wieder erneuerten. Das geschlechtliche Gefühl steigerte sich bis zur höchsten Potenz, bis zur körperlichen Erschöpfung. Aber es vollzogen sich hier nicht die Funktionen einer Selbstbefriedigung, sondern das, was mich beherrschte und bezwang, funktionierte selbstständig. Nach solchen Vorgängen wurde ich dann ernüchtert, meine Gedanken wurden von einem ruhigeren Pol angezogen und auf sanftere Pluren gelenkt, ich kam einem inneren Ausgleich näher, genoh einige Lebensfreude, und fühlte unter der Wirkung der Sinneslust eine so mächtige innere Kraft in mir, die meine Gedanken loslöste und in geistige Form brachte.
Die geschlechtliche Befriedigung, die ich in dieser Situation erzielte, kann aber nicht verglichen werden mit einer regulären Geschlechtsbefriedigung, die eben doch erst dann erfüllt ist, wenn sie in den Begehren geordneter Regelmäßigkeiten läßt. Jene unschriebenen Erscheinungen hatten außergewöhnliche Erlebnisse, starkes inneres Erleben und die höchste psychische und sonst noch einiges mehr, nämlich eine hohe und die höchste psychische Sexualerregung, das heißt, es waren, soweit der Samenausfluß in Wirklichkeit trat, eben doch nur Ausnahmeseinwirkungen, die, wenn sie wirksam wurden, außergewöhnliche psychische und geistige Kräfte erfordernten, und das Seelenleben selbst insulagen in einen sexuellen Vulkan verwandelten.
In dem Dilemma, in dem wir uns befanden, sah ich keinen anderen Ausweg als den, einen unbeaufsichtigten Besuch zu beantragen. Ich begründete den Antrag ausführlich, und zwar zunächst hinsichtlich des außergewöhnlich guten Verhältnis zwischen mir und Landgerichtsdirektor Bühnemann, der mich zu einem solchen Beginn, ohne daß ich das Gefühl zu haben brauchte, mich zu

prostituieren. Die Tatsache, daß Landgerichtsdirektor Bühnemann im Beden unseres komplizierten Verhältnis als unbeschädigter Beobachter und ausschlaggebender Faktor zwischen mir und meiner Frau stand, ließ die Annahme zu, daß er sich bemühen werde, hier eine unerlässliche und mögliche Lösung zu finden.
So führte die Angelegenheit zu einer persönlichen Unterredung mit ihm. Er versuchte, wie ich launisch anders erwartet hatte, anfangs die Dinge auf ein totes Glas zu schieben. Das Empfinden in ihm pulsierte für mich, der Verstand für seine Paragraphen aber das Gefühl in ihm war stärker und besetzte ihn schließlich auch. Bei allen Vorschlägen wies ich ihm nach, daß keiner eine praktische Note trage. Bühnemann wollte keinen Präzedenzfall schaffen, vor dessen Folgen er zurückschrecken würde. Aber er betonte selbst, daß hier Recht Unrecht werde — und das allein bestimmte ihn, mir einen unbeaufsichtigten Besuch meiner Frau zu gestatten.
Ganz in Erwartung der kommenden Tage mit ihrem außergewöhnlichen Ereignis wählte ich mich in die besten Vorfreuden hinein.
Meine Frau kam — und die Ströme unserer Tränen flossen ineinander. Tränen des Leids und Tränen der Freude wurden in inneres Erleben! Meine Hülle wurde mir zu eng, ich mußte sie sprengen.
Meine Frau ging wieder, mußte wieder gehen — und allein blieb ich mit meinem Empfinden zurück. Vor überquellender Freude verprügte ich einen Durs, der durch Freudentränen seine Stärke erhielt. Ich las in irgendeiner Nummer der „Schnitzhölzer“ von dem Tanz als Befreier, und erschöpfte mich in jenem rhytmischen Rausch: „Alle Auslösung fester Formen und Bindungen führt ohne Zweifel zum Chaos; aber Chaos ist nicht identisch mit absolutem Nichts, vielmehr kann sich daraus immer wieder geformtes, Neugeschaffenes entwickeln, wenn es von zeugendem Geist jung und kraftvoll berührt wird.“ Ich hatte von dem unbeaufsichtigten Besuch meiner Frau einen verhältnismäßig langen inneren Gewinn, und fühlte mich wie neugeboren. Blödsinn war ich so von allem Unrat gereinigt und wieder so lebendig begeistert, daß ich mich kaum wieder erkannte. Alle Schranken, die zwischen mir und meiner Frau standen, waren niedergefallen. Selbst die Menschen, mit denen ich zu tun hatte, erschienen mir anders.
Drei Monate ungefähr hielt diese Wirkung an. Dann stellten sich meine ersten Atemnotfälle ein. So geriet ich, und so geraten alle Gefangenen, in das Labrynth der Selbstbefriedigung. Diesen Weg legen alle Gefangenen zuruck, ehe sie in die Bahn einer geistigen Not geraten.

Breslauer Nachrichten

Die Pöpelwitzer Neubausiedler fordern:

Ger mit der beschlossenen Mietensenkung!

Die letzte Mieterversammlung der Pöpelwitzer Siedlungen nahm eine Entschliebung an, in der es u. a. heißt:

„Die Breslauer Stadtverordneten haben in ihrer Versammlung am 25. Oktober 1928 beschlossen, daß die Mieten in den Siedlungsmöhlungen um 20 Prozent gesenkt werden. Trotzdem nun schon sieben Monate verlossen sind, hat der Magistrat der Stadt Breslau diesen Beschluß noch nicht zur Durchführung gebracht. Zu den wiederholt erhobenen Forderungen: 1. Befreiung von der Verpflichtung zur Haus- und Straßenreinigung, 2. Befreiung des Badeszuschlages, 3. Rückgabe der Mietscherheften steht von seiten der Siedlungsgesellschaft Breslau N.-O. eine definitive Entscheidung noch aus, auch hat die zugesagte Aufsichtsratsitzung noch immer nicht stattgefunden. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, den Vermieterverband zu ersuchen, unverzüglich und in nicht mißzuverstehender Form bei dem Magistrat, der Siedlungsgesellschaft Breslau N.-O., deren Aufsichtsrat sowie bei den mieterfreundlichen Parteien vorstellig zu werden, damit dieser gebührenden Verschleppung ein Ende bereitet und den Forderungen der Siedlungsbewohner Rechnung getragen wird.“

(Siehe auch Artikel im Breslauer lokalen Teil über die Verhältnisse in der Siedlung Zimpel.)

Omnibusverbindung nach Brodau. Ab Montag, 3. Juni, wird der Verkehr auf der Omnibuslinie Osener Straße — Brodau nach dem Sommerfahrplan für 1929 aufgenommen, da die Arbeiten der Sanitätsstationen auf der Tschankcher Kunststraße beendet sind.

Bollsbühne. Alle Mitglieder erhalten in der Geschäftsstelle zu den Aufführungen des neuen Kriminalstückes von Wallace „Der Mann, der seinen Namen änderte“, Gastkarten zum Einzelpreis von 1,70 Mark auch schon zur Premiere am 1. Juni.

Oppeln

„Moderner“ Strafbollzug in O.

Der in der letzten Wochenendausgabe erschienene Artikel über den Strafanstaltswachmeister Schürsigel hat das lebhafteste Interesse unter den Strafanstaltsinspektoren nicht nur in Oppeln, sondern sogar in Groß-Strehlitz erweckt. Soweit wir dabei feststellen, ist dieser Wachtmeister auch unter seinen dortigen Kollegen, wo er vorher tätig war, äußerst unbeliebt gewesen. Wie aus den Äußerungen der Beamten zu entnehmen war, hat sich Schürsigel auch in Groß-Strehlitz den Gefangenen gegenüber so wie in Oppeln benommen. Wir erwarten, daß, nachdem sich nun unsere Angaben bestätigt haben, die Strafanstaltsleitung diesen Beamten schneidest entfernt und dafür Sorge trägt, daß weitere energische Schritte gegen ihn unternommen werden.

Pfaffenfrechheit

Neudorf. An die Frechheit der Pfaffen in Geldfragen reicht doch schließlich niemand heran. Geld und nochmals Geld schreit die Kirche. Doch die Gläubigen können nicht soviel geben, wie der unerträgliche Magen der Kirche haben möchte. Die Kirche ist aber in Geldfragen unerbittlich. Mit den raffiniertesten Mitteln geht sie vor, um die Kirchensteuern einzutreiben. Da die biblischen Psalme nicht mehr zum Herauspressen der Kirchensteuer ziehen, droht die Kirche mit der Herabsetzung der Nichtzahler in der Öffentlichkeit. Der „Dobelter Kurier“ ist ihr dafür ein gutes Werkzeug.

Der Pfarrer Dgan veröffentlicht da im „Kurier“ vom 30. Mai folgenden Witz:

Kirchensteuern zahlen!

Es gibt wohl selten in der Welt so nachlässige Kirchensteuerzahler wie in Kgl. Neudorf. Der Kirchenvorstand hat beschlossen, daß die nachlässigen Steuerzahler im Pfarrgemeindefest veröffentlicht werden sollen. Wenn wir das täten, dann müßten wir wenigstens drei Extrablätter vom Pfarrgemeindefest heraus-

bringen, um alle nachlässigen Steuerzahler zu veröffentlichen. Drei Extrablätter kann der Kirchenvorstand nicht bezahlen. Das Drucken und das Druckpapier kostet doch Geld! Darum wollen wir es noch einmal im Guten versuchen, unsere Kirchensteuern einzuzahlen. Wir ersuchen alle nachlässigen Steuerzahler, an folgenden Tagen, vormittags von 9 bis 12 Uhr ihre rückständigen Steuern für 1927, 1928, 1929 in der Pfarrkanzlei zu entrichten. An den Nachmittagen werden dann an den betreffenden Straßen diejenigen besucht, die nicht in die Pfarrkanzlei kamen. Wir kommen also den nachlässigen Steuerzahlern in einer Weise entgegen, die wirklich von großer

Geduld und Liebe spricht. Erst dann, wenn dieses letzte Mittel nicht helfen sollte, werden wir den Beschluß des Kirchenvorstandes ausführen und die Namen der säumigen bzw. böswilligen Parochianen, die ihrer Verpflichtung nicht nachkommen wollen, der Öffentlichkeit preisgeben.

Kath. Kirchenvorstand Kgl. Neudorf O.

Dgan, Pfarrer und Vorsitzender.

Wie lange wollen sich die Werkstätten, denn es sind nur Werkstätten; gegen die Dgan loszieht, das noch bieten lassen? Macht Schluß mit diesen Vertretern Gottes, tretet sofort aus der Kirche aus!

Kaufhaus
Robert Steinmeier
Rauscha O.-L.
Konfekt, Schnittw., Strumpfwaren
Zum Pfingstfest große Auswahl
in
Kleidern, Mänteln usw.

Alle Leser
dieser Zeitung
kaufen ihre
Scheren
Messer
u. Bestecke
nur im Solinger
Fachgeschäft
Haus Solingen
Gleiwitz, Ebertstraße 9

Arbeiter **Bevor ihr**
UHREN

und Goldwaren kauft,
geht zu
Soika, Gleiwitz
Tarnowitzer Str. 8, gegenüber Möbelbaron
Teilzahlung gestattet!

Jetzt

wo es warm wird, wo jederman weiße oder helle, duftige Kleidung bevorzugt, gerade jetzt beginnt unsere

WEISSE WOCHE

Alle Abteilungen unseres Hauses wett-eifern in dem Bestreben, Ihnen nur wirklich erprobte Qualitäten zu bieten. Neben Weißen Waren und Badewäsche, gelangt helle Sommerkleidung zum Verkauf. Die Preise sind so außerordentlich niedrig, wie sie nur bei einer

Veranstaltung größten Stils

sein können. Montag, den 3., beginnen wir. Zu Ihrer Bequemlichkeit haben wir in fast allen Abteilungen die Waren

auf Wühltischen

ausgelegt. Dadurch können Sie so recht nach Herzenslust sich selbst das aussuchen, was Ihnen am besten gefällt.

Gleichzeitig veranstalten wir von Montag bis Mittwoch um 1/2 4 u. 5 Uhr

eine
Strandmoden-Schau
in unserem Erfrischungsraum

Eintritt frei!
Kaffee-Gedeck Mark 0.75. Karten
an unseren Kassen.

Centawer

G. M. B. H. BRESLAU SCHMIEDEBRÜCKE 7-10.

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H.
Gartenstraße 67. (Capitol).

Serien-Tage

bei

Gebr. Markus

Hindenburg

Gleiwitz

Wohlfeile Woche

Die große Veranstaltung für
alle Schichten der Bevölkerung

Beginn: Freitag, 31. Mai 1929

Barasch / Gleiwitz

Gorkauer Societäts-Brauerei A.-G.

Niederlage Gottesberg in Schlesien

empfehlen ihre vorzüglichen Biere — hell und dunkel — in Gebinden und Flaschen

Landstron Bier

IMMER LINGENISS

Hirschberg im Riesengebirge
Öffnet ist Sonntag, den 2. Juni
die Adler-Apotheke, Langstraße 21.
Diese versteht bis Sonnabend, den
8. Juni, früh, den Nachtbesuch.

Hirschberg im Riesengebirge
Kutscherstube
Treffpunkt der Arbeiterschaft
Angenehmer Familien-Aufenthalt

Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitergarderobe
Helene Siebert, Petersdorf Rsgb. 225

Frisch. Gemüse, Speisekartoffeln u. Blumen
H. Folkmann, Petersdorf i. Rsgb.

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Bestellgeschäft
Friedrich Reimann
Schweidnitz, Hohnstraße 13

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Karl Burkert
Schweidnitz, Münzstraße 8

Ernst Fuchs
Schweidnitz
Lang- Ecke Croischstraße
Gegründet 1867
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins

Handarbeiten, Kurz-,
Weiß- und Wollwaren
Trikotagen
Erstlingsausstattungen
Täglich Eingang v. Neuheiten
Große Auswahl
Anerkannt billige Preise
Sämtliche Zutaten zur Schneidererei

**Holz-, Kohlen- und
Brikett-Niederlage**
Gottfried Rolke
Schweidnitz, Reichenbacher Str. 35

**fl. Fleisch-
und Wurstwaren**
Max Frubrich, Schweidnitz
Reichenbacher Straße 5

**Kaufhaus
Prager**
Schweidnitz
empfiehlt
Damenkleider

in Zephir	1.95
„ Musselin	2.95
„ Waschseide	3.50
„ Popeline	5.50
„ Indanthren	3.90

Reserviert
Schweidnitz

**Schwert-
Drogerie**
L. Wolf
Schweidnitz
Langstr. 33

**Ernt
Milch**
von der Gottes-
berger Molkerei
G. Müller
Gottesberg
Schützenstraße 8

Am vorteilhaftesten
kaufen Sie
Lebensmittel
bei
Herm. Wittwer
Gottesberg, Schützenstraße 47

Möbel
Schlafzimmer - Speisezimmer
Herrenzimmer - Mod. Küchen
Einzelne Möbel
reell und preiswert
G. Thiemt, Inh. Fr. Franke
Gottesberg, Fürstensteiner Str. 19

Eduard Goersch
Gottesberg in Schlesien
Buchbinderer
Papier- u. Schreibwaren
Büro-, Schul-Artikel

Damen- und Herrensalon
empfiehlt sich zu allen
Festlichkeiten
H. Oeller, Gottesberg
Ring 11

**Kanin-, Zickel-
und alle anderen
Felle**
verwertet man am vorteilhaftesten
in gemeinnütziger
Selbsthilfeorganisation
Anlieferung am Ort persönlich
von auswärts Post- oder Bahnzu-
sendung erbeten an:
Hauptfellsammelstelle f. Schlesien
Erdmann Förster
Freiberg, Schles., Packhofgasse

Uhren, Goldwaren, Trauringe
empfiehlt
Georg Matuschic
Königszelt, Schulstraße 4

Büderei Paul Sechin
Königszelt, Hauptstraße
hält sich bestens empfohlen!

Möbel
Fertige Wohnzimmer
Küchen, Einzel-Möbel
Winkelmann
Striegau, Wilhelmstraße 12

Bäckerei Willi Pursche
empfiehlt Brot u. feine Kuchenwaren
Penzig, Wilhelmstraße 27

Kreutz & Haake
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Penzig O.-L.
Vorz. dies. Inserats erhält 5% Rabatt

+ Nizza-Drogerie +
Paul Glöge, Sagan
Farben / Verbandsstoffe / Seifen

Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik
Gerhard Hentschel
Lauban i. Schl. Telefon 233
Frühstückstube

Sie beden Ihren Bedarf in
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
vorteilhaft
im Sortimentslager
Karl Brendel
Gottesberg, Markt 12

Unsere leistungsfähige
BUCHDRUCKEREI
liefert Briefbogen, Rech-
nungen, Preislisten, Kata-
loge, Programme, Einlaß-
kart., Plakate, Flugblätter,
Broschüren, Werke aller
Art, Zeitschriften u. a. m.
In Ein- und Mehrfarbend-
ruck prompt u. preiswert
Spez.: Massen-Auflagen

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- u. Verwer-
tungs-Akt.-Gesellsch., Berlin
Filiale Breslau
Trenitzer Straße 50
Telephon-Anschl. 28837

Paul Scholz & Co.
Gleiwitz, Ring 15
Damen- u. Kinderkonfektion
Manufakturwaren, Wäsche

Achtung! Neu eröffnet! Achtung!
Ihre
Arbeiter-Garderobe
sowie neue und getragene Sachen
kaufen Sie gut und billig in der
Volks-Bekleidungshalle
Inh. Emanuel Niemietz
Gleiwitz
Friedhofstr. 1, Ecke Germaniaplatz

Möbel, Fahrräder, Uhren, Musik
Bezug geg. wöchl. Raten v. 1.- M. an
Schupp
Gleiwitz / Kronprinzenstr. 3

Alle Leser
decken ihren Bedarf an M...
Zigarren, Zigaretten, Tabake
nur bei
R. Haase
Gleiwitz
Kronprinzenstrasse, Ecke Germaniaplatz

Inserate
in unserer
Zeitung
haben
größten
Erfolg

Fleisch- und Wurstwaren



Wir sind auf der Höhe

Hugo Herrmann, Neudorf-Königszelt



kaufen Sie gut und preiswert im
Möbelgeschäft E. Pajonczek
Bobrek-Karl I, Bergwerkstraße 19
Teilzahlung gestattet: Bei Barzahlung hohen Rabatt

Herren-Friseursalons
J. Plewa
Gleiwitz, Mühlstr. 1
empfiehlt sich zur gefl. Beachtung

Markgrafen-Drogerie
Gleiwitz, Bahnhofstr. 19
nur gegenüber Brüder 30aner
empfiehlt
Drogen, Farben, Photobedarf

Außergewöhnlich billige Preise!

Es kommen nur gute Waren in Betracht. — Für Braut-
ausstattungen ganz besonders günstige Einkaufsgelegenheit.

1 Posten Inlett,
sehr schöne Ware
Oberbettbreite . . . Mtr. 2.50 M.
Kissenbreite . . . Mtr. 1.50 M.

1 Posten Inlett,
federdicht und farbenecht
Oberbettbreite . . . Mtr. 3.50 M.
Kissenbreite . . . Mtr. 2.35 M.

1 Post. fertige Oberbetten
aus sehr gutem Linon, mit
unbedeutenden Webfehlern
Serie I 5.25 M.
Serie II 5.75 M.

1 Posten fertige Kissen
aus sehr gutem Stoff, kleine
Webfehler
Serie I St. 1.35 M.
Serie II St. 1.50 M.

1 Posten fertige Bettlaken
starkfädig, sehr gute Stoffe
Serie I St. 2.40 M.
Serie II St. 3.00 M.

Kleiderstoffe, Seidenstoffe
in den neuesten Geweben und
Farben. — Große Auswahl!
Sehr preiswert!

1 Posten Crêpe Satin
in reizend. Farben Mtr. 5.25 M.

1 Posten Veloutine
große Auswahl Mtr. 8.75 M.

1 Posten reinwollene Musseline, 70 und 80 cm breit, schöne
Muster Mtr. 2.25 M.

fertige weiße Bettbezüge
1 Oberbett u. 2 Kissen 7.75 M.
Serie II 8.75 M.
Serie III sehr schön 10.75 M.
Serie IV Stickerei 13.50 M.

**1 Posten hell-bunte
karierte Züden**
Oberbettbreite . . . Mtr. 1.25 M.
Kissenbreite . . . Mtr. 0.75 M.

1 Posten Bettlakenstoff
gute Ware, starkfädig
130 cm Mtr. 1.10 M.

**Große Posten
weiß Hemdentuch**
ohne jede Appretur, spottbillig
Serie I . Mtr. 60 Pf. 1 Posten
Serie II Mtr. 70 Pf. Hemdentuch
Serie III Mtr. 80 Pf. etw. appret.
Serie IV Mtr. 90 Pf. Mtr. 45 Pf.

1 Post. weiße Tischdecken
1 Post. weiße Handtücher
mit unbedeutenden Webfehlern
spottbillig

Trikotagen
Herrenhemden, Beinkleider,
Damenschlüpfer sehr preisw.

**1 Posten gemusterte
Waschseiden** . Mtr. 75 Pf.

1 Post. Waschmusseline
Mtr. 80, 60, 50 Pf.

1 Posten glatte Volle
in schönen Farben
ca. 110 cm breit . Mtr. 90 Pf.

Leo Goldmann
Wilhelmstr. 8 Gleiwitz Wilhelmstr. 8